

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Rast“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Gr. Mühlgr. 3. Fernsprechanstöße: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2.25 Mk., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. ohne Zustellgeb. Einzelne Nummern 5 Pf. — Internationales Gebühr: die 7spaltige Kolonelleiste 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Restenteil Seite 1 Mk. Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin. — Etwaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 31.

Magdeburg, Freitag den 6. Februar 1914.

25. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 14 Seiten einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Rast“.

Der Kleinbetrieb im Todeskampf.

I.

Zu den alten Vadenhütern, mit denen die bürgerlichen Parteien die geistigen Kosten ihrer gegen die Sozialdemokratie gerichteten Agitationskämpfe bestreiten, gehört die Behauptung, die Sozialdemokratie wolle das Kleingewerbe ruinieren. Es hilft nichts, daß wir noch so oft unsere Stellung zu der modernen wirtschaftlichen Entwicklung darlegen: die Gegner aller Schattierungen bleiben dabei, daß die Sozialdemokratie die kleinen Existenzen zugrunde richten will. Wie völlig unabhängig aber von dem Wollen oder Nichtwollen der Sozialdemokratie und der politischen Parteien überhaupt in Wirklichkeit sich die Änderungen in dem großen Prozeß des wirtschaftlichen Lebens vollziehen, das zeigt mit wirksamer Unschämlichkeit eine vom Reichsamt des Innern gelieferte Arbeit über die Produktionsverhältnisse des deutschen Mühlenwesens.

Die Zurückdrängung der kleinen Betriebe und die Entfaltung großer kapitalkräftiger Unternehmen führten im Mühlenwesen seit der Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts zu Bestrebungen, die Entwicklung der großen Betriebe zugunsten der kleinen durch eine Umsatzsteuer nach dem Umfang der jährlichen Vermahlung hintanzuhalten. Trotzdem man dem Drängen der kleinen Brauereien, durch eine gestaffelte Malzsteuer die Ueberlegenheit der Großbetriebe zu hemmen, um jene Zeit entgegenkam, so haben die Regierungen der Verbundstaaten die Kleinmüller. Abgesehen ganz von der Kulturwidrigkeit, die darin liegt, den der technischen Verbollkommnung entbehrenden Kleinbetrieb zugunsten des rationelleren Großbetriebs präferieren zu wollen, liegt es für den verständigen Volkswirtschaftler auch auf der Hand, daß mit steuerlichen Maßnahmen die moderne Entwicklung auf die Dauer doch nicht künstlich aufgehalten werden kann. Die Erfahrungen im Brauereigewerbe haben das bestätigt, der Kleinbetrieb hat seine Ohnmacht gegenüber den Großbrauereien auch mit Hilfe der Malzstaffelsteuer nicht zu überwinden vermocht, sondern wird immer mehr und mehr zurückgedrängt.

Die Mittelstandsretter haben sich durch diese Erfahrungen keines Besseren belehren lassen. Gelegentlich der Verhandlungen über die Reichsfinanzreform von 1909 gelang es ihnen, in der Finanzkommission des Reichstags die Mühlenumsatzsteuer in das Rüstet jener Steuern einzureihen, die das durch Ablehnung der Erbschaftsteuer entstandene Loch ausfüllen sollten. Am Widerstand der Regierung scheiterte indes die Mühlenumsatzsteuer. Darauf versuchten die Vertreter der kleineren Mühlenbetriebe, eine Kontingentierung der Mählproduktion durchzuführen. Gegenüber diesem Plan erklärte der Staatssekretär des Innern, daß es an jeder brauchbaren Unterlage fehle, das zunächst über den Anteil der großen und der kleinen Betriebe an der Herstellung von Mählereierzeugnissen, über ihre Verteilung in Deutschland, ihre technischen Einrichtungen usw. genaue Angaben gewonnen werden müßten. Zu diesem Zwecke wurde dann eine Produktionsstatistik eingeleitet, deren Ergebnisse in einem starken Heft jetzt vor uns liegen. Die Statistik erstreckte sich zwar auf die Erntejahre 1908/9 und 1909/10, da jedoch die Angaben für das erstere Jahr an Zuberlässigkeit viel zu wünschen übrigließen, sind bei der Bearbeitung im wesentlichen nur die für das Jahr 1909/10 berücksichtigt worden.

Die Ergebnisse dieser Erhebungen liefern mit den zahlreichen Begleitschriften und Erläuterungen, die den ausgefüllten Fragebogen beigegeben wurden, den unanfechtbaren Beweis, daß es neben der größeren Kapitalkraft und der mit den technischen Fortschritten verknüpften größeren Leistungsfähigkeit der Großmühlen noch mancherlei andre Erscheinungen sind, die den Kleinmühlen die Existenz erschweren. Der Übergang von der Natural- zur Geldwirtschaft, der zunächst in den Städten sich ausbildete, und dann auf das Land übergriff, begünstigte das Aufkommen der Handelsmüllerei, die für eigene Rechnung Getreide kauft und die daraus hergestellten Mählereierzeugnisse verkauft. Die alte Lohnmüllerei, auch Kundenmüllerei genannt, die von dem Kunden das Getreide geliefert erhält, es verarbeitet, die daraus hergestellten Erzeugnisse dem Kunden wieder zuführt, und dafür in Geld oder einem Teile des Getreides einen Lohn erhält, geriet dabei immer weiter in den Hintergrund. Als Uebergangsform von der Lohn- zur Handelsmüllerei bildeten sich die

gemischten Betriebe heraus, die teils Lohn-, teils Handelsmüllerei betreiben. Mit der Ansammlung einer zahlreichen Bevölkerung in den großen Industriegebieten war die Zunahme des Weizenmehlverbrauchs eng verbunden. Diese begünstigte wiederum die Handelsmüllerei.

Dazu aber kommt noch, daß auch die landwirtschaftlichen Mittel- und Großbetriebe, deren politische Vertretungen sich als patentierte Mittelstandsretter aufspielen, in wachsendem Maße den Kleinmühlen den Boden untergraben. Sie legen sich Müllereien, insbesondere Schrotmühlen zur Erzeugung von Getreidefuttermehl für den eigenen Bedarf an und engen damit das ursprüngliche Tätigkeitsgebiet des Lohnmüllers immer mehr ein. Die genauesten Angaben über die Zahl und die Leistungen der landwirtschaftlichen Schrotmühlenbetriebe liegen aus Mecklenburg-Schwerin vor, wo 1350 solcher Betriebe gezählt wurden. Ueber 1061 Betriebe dieser Art liegen die Zahlen der verarbeiteten Getreidemengen vor. Danach kommt die Produktion dieser Mühlen für den eigenen Bedarf allein in Mecklenburg der Produktion von mindestens 100 kleinen Lohnmühlen gleich.

Nach dem mecklenburgischen Maßstab würden im ganzen Deutschen Reich 35 000 Schrotmühlen vorhanden sein, die rund 7 Millionen Doppelzentner Getreide verarbeiten. Das sind rund 14 Prozent der von den reinen und gemischten Lohnmühlen verarbeiteten Getreidemengen. Neben der Landwirtschaft kommen noch zahlreiche andre Gewerbe in Betracht, die eigene Schrotmühlen besitzen. Zahlreiche private Brauereien, Brennereien und Molkereien stellen das zum Betrieb nötige Schrot selbst her. Ferner werden Schrotmühlen benutzt von Getreide- und Futtermehlhandlern, von Kolonialwaren-, Rohlen- und Manufakturwarenhandlern, von Bäckern, Samenmüllern, Zimmereimern, landwirtschaftlichen Maschinenfabriken, Lagerhäusern usw. Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in der Landwirtschaft hat gleichfalls zur Einschränkung der Kundenmüllerei stark beigetragen. Die genossenschaftlichen Lagerhäuser, die dem Landwirt das Getreide abnehmen, oft auch mit Mehl und Futtermitteln handeln, sind nur eine Teilercheinung der gesamten geldwirtschaftlichen Entwicklung der Landwirtschaft. Aber sie spielen in dem Material der Erhebung, wie in dem erläuterten Texte betont wird, eine mindestens so große Rolle wie die Konkurrenz der Dampfmühlen. Dagegen ist auf dem Gebiete des Schrotens von Getreide zu Futtermehl, das heute das eigentliche Produktionsgebiet der Lohnmühlen bildet, die Konkurrenz der Handelsmühlen, wenigstens soweit sie ganz oder überwiegend Handelsmüllerei betreiben, für die Lohnmühlen nicht gefährlich.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 5. Februar 1914.

Wettrüsten in Freundschaft.

Eine Rede des englischen Staatssekretärs des Auswärtigen, Sir Edward Grey, in Manchester und gleichzeitige Erklärungen der deutschen Regierung in der Budgetkommission des Reichstags zeigen eine hoffnungslose Uebereinstimmung in der Behandlung der internationalen Rüstungsfrage. Hier wie dort wird anerkannt, daß sich die Beziehungen der beiden Staaten zueinander erheblich gebessert hätten, hier wie dort wird aber auch hinzugefügt, daß durch diese Besserung für die Entlastung der Völker von ständig steigenden Rüstungslasten nichts erreicht sei. Sir Edward Grey, der im englischen Kabinett auf dem äußersten rechten Flügel steht, wendet sich in Manchester mit kaum verhüllter Spitze gegen seine weiter links stehenden Ministerkollegen, und selbst der diplomatische Vorschlag des Marineministers Churchill auf Einlegung eines Rüstungsfeierjahrs scheint ihm noch immer nicht diplomatisch genug. In Deutschland kommen Herr v. Tirpitz und Herr v. Jagow gar nicht in die Lage, gegen eine radikalere Strömung in der Regierung polemisieren zu müssen, sie brauchen sich auch nicht gegen die bürgerlichen Parteien zu wenden, deren Rüstungsseifer über allem Zweifel steht. Hier ist es die Sozialdemokratie allein, bei der die Wünsche eines großen Teiles des englischen Volkes auf Verminderung der Rüstungslasten Verständnis finden. Gegen die deutsche und die englische Arbeiterpartei sind die bürgerlichen Parteien, sind die Herren Grey, Tirpitz und Jagow vollkommen einig. Es muß weitergerüstet werden!

Vor wenigen Jahren schien es noch, als ob die deutsch-englische Flottenverhandlung auf dem Marcke wäre. Nicht in Form eines feierlichen Abkommens, wohl aber in der

einer formlosen Uebereinstimmung, daß man auf beiden Seiten mit offenen Karten spielen und aufeinander Rücksicht nehmen wolle. Seitdem haben sich die Beziehungen fortgesetzt und unaufhörlich „verbessert“, aber alle Hoffnungen auf ein Abkommen sind zugleich vollständig verschwunden.

Auf welche Ursachen dieser bössartige Rückfall zurückzuführen ist, bleibt einstweilen das Amtsgeheimnis der Diplomaten. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er vermieden worden wäre, wenn man auf deutscher Seite etwas mehr Entgegenkommen gezeigt hätte. Schuld an diesem Mangel von Entgegenkommen tragen aber nicht nur die leitenden Staatsmänner, sondern auch die bürgerlichen Parteien. Man muß nur die präzisen und aufgeblähten Redensarten lesen, die von einigen Mitgliedern der Budgetkommission in der Mittwochssitzung über den englischen Vorschlag des Feierjahrs gemacht wurden, um zu begreifen, welche Stimmungen dadurch in England hervorgerufen werden müssen. Diese ihrer Amtswürde vollbewußten „M. d. R.“ erklären es nicht für nötig, auf einen Vorschlag einzugehen, den ein englischer Minister „bei einer feierlichen Veranstaltung“ gemacht hat, sie wollen sich erst dann zu einer nähern Erörterung des Themas herablassen, wenn ein offizieller Vorschlag gemacht wird. Daß ein englischer Minister auch bei den landesüblichen politischen Bankettreden ein ganz andres politisches Gewicht repräsentiert als — leider! — ein deutscher Reichstagsabgeordneter in Ausübung seiner Amtspflichten, das scheint diesen Reichswürdenträgern nicht zu Bewußtsein gekommen zu sein. Sie halten es mit der Unvernunft, wenn sie bloß offiziell ist, und weisen die Vernunft von der Tür, wenn sie sich nicht als amtlich legitimieren kann.

Vor der englisch-deutschen Annäherung konnte sich der Rüstungswahnsinn immer noch als eine Art von Scheinvernunft maskieren. Stand der deutsch-englische Seekrieg vor der Tür, war der Zusammenstoß der alten und der werdenden Weltmacht geschichtliche Notwendigkeit, dann mußte natürlich auf Tod und Leben gerüstet werden, hüben wie drüben. Wenn aber Deutschland und England in Frieden und Eintracht miteinander leben können, dann brauchen wir auch nicht gegeneinander zu rüsten, so wenig wie Deutschland zu Land etwa gegen Oesterreich rüstet oder gegen Italien.

Eins ist allerdings zuzugeben. Das Maß der deutschen Rüstungen kann nicht ausschließlich bestimmt werden durch das Maß der englischen, und noch weniger kann das Maß der Rüstungen des in allen Weltteilen interessierten Englands ausschließlich bestimmt werden durch das Maß der deutschen. Das bleibt wenigstens so lange unmöglich, als sich die Freundschaft der beiden Länder nicht zu einem Bündnis verdichtet hat. Nur wer darauf ausgeht, das Problem absichtlich zu verwirren, kann die vollkommene Internationalität der Rüstungsbeschränkungen zur Vorbedingung der deutsch-englischen Verständigung vorklamieren. Irgendwo wird sich immer eine Türkei oder ein Griechenland finden, das sich bemüht sieht, einen neuen Dreadnought zu kaufen und das internationale Abkommen damit über den Haufen zu werfen.

Das Maß der Rüstungen wird immer bestimmt werden durch die Stärke der Gegner, mit denen man zu rechnen hat. Zwei Staaten, die mit gespanntem Gahn einander gegenüberstehen, können kein Rüstungsabkommen miteinander schließen. Verbündete können aber und müssen sich sagen, wie stark sie in ihrer Vereinigung sind, und welche Kräfte ihre Gegner in die Waagschale zu werfen haben. Sieht man die Dinge so an, so kommt man zu dem Ergebnis, daß ein Rüstungsabkommen allerdings auf immer neue Schwierigkeiten stoßen muß, solange die sinnlos gewordene geschichtlich überlebte Gruppierung der Mächte in Dreieck und Trilateralität andauert.

Deutschland und die Westmächte würden vereint ein solches Uebermaß militärischer Kräfte gegenüber allen andern Staaten darstellen, daß sie unbezorgt um ihre Ueberlegenheit an die Einschränkung ihrer Rüstungen herantreten dürften. Wer ein Ende des Wettrüstens will, der muß ein Bündnis zwischen Deutschland und den Westmächten wollen, oder wenigstens die Schaffung eines gegenseitigen Verhältnisses, das für absehbare Zeit jeden kriegerischen Zusammenstoß ausschließt.

In der Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Westmächten liegt die Entscheidung der Frage, ob Europa auf friedlich geordneten Bahnen oder über das Trümmerfeld grauenhafter Zerstörung zu einem neuen Zeitalter sozialistischer Kultur emporsteigen soll. —

Vom neuen Kurs im Reichsland.

Nach wie vor geschieht alles, um den Eliaß-Lothringern die neuen Männer, mit denen sie befaßt worden sind, im denkbar angenehmsten und vorteilhaftesten Lichte erscheinen zu lassen. Von dem Staatssekretär Grafen von Roedern erzählt man, daß er sich für den Halb- und Diebengürtel Berlins interessiert habe und daß er außerdem — man höre und staune — ein Verständnis für die Bedeutung der Presse besitze:

Nur vor seiner Abreise nach Straßburg sprach sich Graf v. Roedern zu einem Besucher folgendermaßen über die Presse aus: Es ist mein Wunsch, zur Presse die besten Beziehungen zu unterhalten, da ich die Bedeutung der Presse voll zu würdigen weiß. Bei mir wird die Presse stets eine offene Tür finden.

Nicht wahr, wie modern! Einen solchen Staatssekretär müssen die Eliaß-Lothringer doch mit offenen Armen empfangen!

Und er bringt einen Unterstaatssekretär mit, der, wie eine Korrespondenz mitzuteilen weiß, zu seinem neuen Wirkungsbereich auch schon die engsten Beziehungen besitzt, insofern, als er im Reichsamt des Innern Referent für die — Weingesetzgebung und die Reblausfragen war. Sicherlich werden dem Herrn v. Stein seine Kenntnisse auf dem Gebiete der Reblausbekämpfung in seinem neuen Betätigungsbereich nur nützlich sein können, aber es fragt sich doch, ob sie ausreichen, um bei den Eliaß-Lothringern die gewünschte Begeisterung für den Nachfolger des Herrn Wandel zu erwecken. Dazu bedarf es doch wohl noch der Erfüllung einiger anderer Vorbedingungen.

Daß Bethmann-Gollweg als Nachfolger des Grafen Wedel nach Straßburg gehen werde, wird von der kleinen „Norddeutschen Allgemeinen“, dem „Berliner Lokal-Anzeiger“, neuerdings wieder energisch in Abrede gestellt. Schade, denn bei ihm könnte man noch am ehesten von Beziehungen zu Eliaß-Lothringern reden. Er hat sich ja dafür eingesetzt, daß die Eliaß-Lothringer die Verfassung erhalten haben, und er könnte nun versuchen, ob es ihm von Straßburg besser als von Berlin aus gelingen würde, die verfassungsmäßigen Rechte der eliaß-lothringischen Bürger gegen die militärische Willkür zu verteidigen. Das soll nun wieder nicht möglich sein. Augenblicklich deshalb nicht, weil der neue Kurs in Straßburg eben heimlich, aber nicht heimlich laufend ist.

Belohnungen für gute Dienste.

Wie die Echo-Presse erzählt, ist der Generalleutnant Freiherr von Richthofen, bisher Kommandeur der Garde-Kavallerie-Division, in gleicher Eigenschaft zur 6. Division in Brandenburg a. d. Havel versetzt worden. Mit der Führung der Garde-Kavallerie-Division wurde Generalmajor v. Pelet-Marbbonne, bisher Kommandeur der 30. Kavallerie-Brigade in Straßburg, beauftragt.

Herr v. Pelet-Marbbonne war bekanntlich Vorsitzender

der Kommission, die den Eliaß-Lothringern die Verfassung zurückgab und den Leutnant Schab freitrad. Und wie man sich erinnert, hat er den „guten“ Ausgang des Prozesses auf telegraphischem Wege sofort seinen Freunden, dem Herrn v. Oldenburg-Sonnenhof und dem Polizeipräsidenten v. Zogotz zur Kenntnis gebracht. Daraus, daß der Generalleutnant v. Richthofen in „gleicher Eigenschaft“ nach Brandenburg versetzt worden ist, scheint sich zu ergeben, daß die Versetzung nicht in den Abenteurerberühmungen begründet war, sondern daß für den Vorsitzenden des Straßburger Kriegsgerichts ein guter Posten freige-macht werden mußte. Aber auch wenn der bisherige Kommandeur der Garde-Kavallerie-Division aus irgendwelchen dienstlichen Gründen zur 6. Division versetzt werden mußte, beweist die Versetzung Pelet-Marbbonnes an seine Stelle jedenfalls, daß man Verdienste zu würdigen weiß.

Herr v. Pelet-Marbbonne wird Kommandeur eines bevorzugten Regiments und sieht einem Entzug durch Wilhelm 2. entgegen. Pelet-Marbbonne kommt zur Garde, und wer weiß, welche Auszeichnungen den Herrn v. Zogotz noch erwarten, wenn er in seinem bevorzugten Prozeß auch nur einigermaßen glimpflich davonkommt.

Systematische Reaktion in Ungarn.

Der ungarische Ministerpräsident Tisza hat dem rassistischen aller Wahlrechtsgesetze nicht nur das widerrechtlichste aller Freigeetze, sondern auch ein expansionistisches Gesetz über die Einteilung der Wahlbezirke für den ungarischen Reichstag folgen lassen. Damit legt der Mann der Überwindungen seinen reaktionären Treiben die Krone auf. Durch dieses Gesetz, dessen Entwurf am Sonnabend dem ungarischen Reichstag zuging, wird dem Minister des Innern das nächste Jahr überlassen, durch Verordnungen festzusetzen, aus welchen Gemeinden, Städten und Städten die Wahlbezirke zu bestehen haben. Eine weitere Abänderung dieser Verordnungen kann nur durch ein Gesetz erfolgen; das heißt also, die Verfügungen des Ministers des Innern, der jetzt nicht nur ein Vertreter des Ministerpräsidenten, sondern auch ein leibhaftiger Schöpper ist, sind so gut wie unantastbar. Um den Wahlbezirk umzuändern zu können, sind die bisherigen Wahlbezirke um 22 vermindert, und die Zahl der bisher 43 Mandate beträgt, erhöhen sich demnach auf 65, also noch mehr als die Vermehrung der Mandate im ganzen Lande. In der Motivierung des Entwurfs wird überdies und klar ausgesprochen, daß es Zweckmäßigkeit der Regierung sei, die Wahlbezirke so einzuteilen, wie es die „nationale Entwicklung“ erfordert. Auch den bisherigen Entscheidungen wird also die zukünftige Wahlrechtseinteilung den Wünschen Tiszas entsprechen.

Die gegen den Grafen Tisza und gegen seine Regierung erhobene Opposition fordert zu neuen Klüften auf. Der leibhaftige Führer der Opposition Graf Apponyi rief die oppositionellen Wähler und Reichstagsmitglieder zu Sammlung und zum Widerstand auf gegen das neue Ministerium Tiszas.

auf das Wahlrecht der ungarischen Bevölkerung. Die Opposition legt dabei alle Hoffnung wieder auf die Arbeiterschaft, die ihr jahrelang treue Waffenbrüderchaft gehalten und dabei harte Opfer gebracht hat. Die Arbeiterschaft wird auch die neuen Kämpfe nicht scheuen und gegen das reaktionäre Treiben der ungarischen Regierung mit aller Macht vorgehen.

Notizen.

Eine Zentrums-Schnapswahl. Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags setzte am Mittwoch den 4. Februar die Prüfung der Wahl des im Kreise Kofel-Groß-Streßitz gewählten Abgeordneten Slowakli (Zentrum) fort. Slowakli wurde in der Stichwahl mit 11484 Stimmen gegen den polnischen Pfarrer Bajda, der 11095 Stimmen erhielt, gewählt. In dem Protest wird mehrfach Stimmenkauf durch Schnaps, Bier, Zigarren, teilweise auch Geld behauptet, worüber Beweis zu erheben beschloffen wurde. Eine längere Diskussion rief die auch in andern Wahlkreisen schon gemachte Wahrnehmung hervor, daß in amtlichen Wahlbüchern bereits bei ihrer Abgabe an die Wähler Stimmzettel enthalten waren. In zwei Bezirken dieses Wahlkreises trugen die Stimmzettel fälschlicherweise die Namen eines früheren Kandidaten des gleichen Wahlkreises. Es konnte bisher noch in keinem Fall aufgeklärt werden, bei welcher Gelegenheit die Stimmzettel in die Kasse gekommen sind, da bereits früher bemerkt wurde, daß diese nicht mehr zur Verwendung kommen. Die Kommission beschloß einstimmig, den Reichstag zu eruchen, diesem Uebelstand bei kommenden Wahlen durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten. Die Wahl Slowaklis wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung der Kommission beanstandet werden.

Die Reichstags-Kommission für das Kolonialgericht hat am Mittwoch die erste Beratung des Gesetzesentwurfs beendet. Zwei nationalliberale Anträge, die zur angelegten Wahrung der Rechts-einheit bei Abänderungen der Rechtsprechung des Kolonialgerichts von der des Reichsgerichts in verschiedener Form dem Reichsgericht die endgültige Entscheidung übertragen wollten, wurden abgelehnt, weil damit dem Reichskolonialgericht die Selbständigkeit genommen und es dem Reichsgericht unterstellt werden würde. Vom Abgeordneten J. u. d. wurde noch ein weiterer Versuch gemacht, den Beschluß, den Sitz nach Hamburg zu verlegen, zu erweichen, indem er verlangte, dem Reichsgericht ein Gutachten einzuholen darüber, ob durch den besprochenen Kolonialgerichtshof die Rechts-einheit gefährdet sei. Der Antrag, der auch von den Regierungskommissionären be-läugert wurde, verfiel mit nur einer Stimme Mehrheit der Ab-lesung. Auf die Frage, wie sich die Regierung zu dem Beschluß der Kommission, das Kolonialgericht nach Hamburg zu verlegen, stellen werde, erfolgte die Antwort, daß die Regierung zu der Frage noch nicht Stellung genommen hätte, ihre Entscheidung aber binnen 14 Tagen in Aussicht gestellt werden könne.

Der erhält den Staat? Einen köstlichen Erfolg hat die Ein-ziehung zum Wehrbeitrag in Frankfurt a. M. erzielt. Nach den bisherigen Ermittlungen beträgt das Vermögen der Einwohner dieser Stadt über drei Milliarden Mark. Ist das schon an sich merkwürdig, so wird der Reiz dieser Feststellungen noch da-durch erhöht, daß infolge des Generalerlasses 300 Millionen Mark Vermögen mehr als Tagelohn genommen sind als bisher. Allein bei der Vermögenssteuer haben alle die über-reichen Frankfurter 300 Millionen vor dem Steueramt zu verbergen gesucht. Der Schlüssel auf ihre Versteckungen bei der Einkommensteuer ist gegeben. Die Arbeiter aber sind von jeder mit ihrem häuslichen Einkommen bis zum letzten Pfennig zu den Steuern herangezogen worden und durch die bekannte Novelle zum Einkommensteuergesetz hat man ja sogar die Arbeitgeber mit in den Dienst der Schatzkammer nach den kriegswichtigen Gewinnen der Kapitalisten gestellt.

Reaktionäre Bekämpfung des Wahlrechts. Der preussische Minister des Innern hat in einem Rundschreiben an die Landes-ämter angeordnet, daß die Verwirklichung der bundesgesetzlichen Maßnahmen über Aufgabel, Berechtigungen und Gebieten fortan zu unterbleiben habe oder doch möglichst beschleunigt werden, etwa auf die Verwirklichung der kriegswichtigen Stellen ohne Namens-nennung. Damit soll verhindert werden, daß an die Adresse der in den kriegswichtigen Verhältnissen genannten Personen An-ordnungen zur Verwirklichung der Wahlrechtsänderung gelangt werden.

Der Widerstand gegen die Dienstverweigerung hat in Berlin einen Erfolg zu verzeichnen. Die „Gewerkschaft“ empört sich lebhaft über die hohen Beiträge, die sie für ihre Dienstleistungen an die Allgemeine Unfallversicherungs-Gesellschaft zahlen muß. Das Verbot der Gewerkschaft, die Beiträge zu zahlen, ist nun von der Reichsregierung er-möglicht worden und hat eine Revision des Gesetzes der sogenannten „Gewerkschaft“ (Gewerkschaft) und der Dienstleistungen ermöglicht. Diese Revision hat dazu geführt, daß die Dienstverweigerung von 4320 auf 2400 Mark ermäßigt wurde. Diese Ermäßigung ergibt, wenn für die übrigen Dienstleistungen beachtet, daß die Höhe und die Anzahl der Beiträge der Dienstleistungen um ein Drittel vermindert sind, was ein erhebliches Entgegenkommen darstellt für die Dienst-leistungen, die man sich nicht leisten kann, da sie mit allen Energie für eine Verhinderung ihrer Beiträge einzusetzen müssen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 5. Februar 1914.

Gelber Hader.

In den Reihen der wirtschaftlichen und vaterländischen Arbeitervereine, in denen mit dem Sozialisten „Gelber“ begehrt, herrscht Hader und Zwietracht. Die „Reinere Richtung“ und die „Reinere Richtung“ haben einander schon lange in den Quartieren, und vor dem „Frieden“, den die Herren Führer der Gelben für das vaterländische propagieren, ist in ihren Reihen wenig zu hören. Das geht nicht an, seit heute und gestern so, sondern mußte bei der Zusammenkunft dieser „Reinere“. Am 16. Januar fand in Berlin eine gemeinsame Sitzung der „Reinere“ und „Reinere“, die der Verwirklichung dienen sollte. Was dabei herauskam, ist jetzt eine offizielle Zusammenkunft der „Reinere“ und „Reinere“, in der der „Reinere“ in einem Raum, der gut nicht zu beschreiben ist, sich her, sondern der nun besser klangvoll, ausgesprochen wird, daß sie mit wissenschaftlichen Behauptungen, mit der Absicht der Irr-führung, mit bewusster Entstellung arbeiten und ver-gleichen mehr. Zum Schluß heißt es dann, daß nicht unter-richtlich die Führung der „Reinere“ sein sollte und daß man be-halten die Scheidung von den „Reinere“ der „Reinere“ Richtung für eine realistische Haltung und in Zukunft auf Grund der Ideen so an gemeinsamen Entscheidungen jegliche weitere Verhand-lung mit ihnen gänzlich ablehnen.

In Magdeburg herrscht auch alles unter dem Zeichen der Hader. Das ist es, was hier seit langem bekannt, wird jetzt aber durch einen Artikel des gelben „Reinere“ ausnehmend be-leuchtet. Es heißt darin:

Das alte Gerücht, daß die „Reinere“ die „Reinere“ sind, ist nun durch den Artikel des gelben „Reinere“ bestätigt. Der Arbeiter, der es hat seinen und seiner Angehörigen Interessen ernst meint, der darf nicht gelb, der kann nicht gelb, sondern muß rot sein!

gleicher der vaterländischen Arbeiterbewegung befürchteten, haben die letzten Monate zur lebendigen, traurigen Wahr-heit gebracht. In mehrere kleinere und kleine Vereine zerfällt, hatten Hader und Streit in ihnen wieder jedes Vor-wärtsschreiten im großen Sinne der Bewegung unmöglich ge-macht, die einigende Kraft der nationalen Idee war vielfach zum schwindenden Weimort geworden, die Förderung der Kollegialität zum Märchengebilde und das wichtige Moment der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen herabgesunken zu einem Feilschen um Paragrafen, Abrechnungen — alles in allem eine gebornene Säule, ein zerplitterter Stamm, den noch stützen zu können auch der Zielbewußteste nicht mehr erhoffen durfte. Die Meigewichte hängen diese Gelben der Eigenbrötelei, diese Gelben der Fäulerei, diese Fanatiker der persönlichen Eigenliebe an den Trägern des ge-sunden und an so viel Hunderten von Orten so lebensfähigen Gedankens.

Schlimmer kann es um eine Bewegung nicht gut stehen, als es nach dieser Schilderung in Magdeburg mit der sogenannten „vaterländischen“ Arbeiterbewegung der Fall ist. Der hiesige Sym-bolus des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, Dr. Pohl, der den Gelben überall „mit Rat und Tat zur Seite steht“, wurde dazu außersehen, den Frieden wiederherzustellen. Zu diesem Zwecke, der durch die Gründung eines „Kartells“ der vaterländischen Arbeitervereine von Magdeburg und Umgegend“ erreicht werden sollte, fand am verflochtenen Sonnabend im „Diamantbräu“ eine Versammlung aller in Frage kommenden Vereine statt „vor einem seit Jahren nicht gekannten gefüllten Saale“, wie es reichlich ungenkt in dem gelben Bericht heißt. Eine „lange Vorbereitung“ war zu dieser Versammlung nötig, woraus man schließen kann, daß es notwendig war, alle Meinen springen zu lassen, um die widerhaarigen Elemente alle zusammen-zubringen.

Dr. Pohls Friedensfanfare, um es gleich vorweg zu sagen, verjagen nicht. Wir folgen auch hier dem Berichte des gelben Mattes:

Lebhafter Beifall dankte Dr. Pohl, und man durfte an-nehmen, daß die klaren Ausführungen auf einen guten Boden gefallen seien. Jedoch es sollte anders kommen. Nach-dem die Vertreter einiger Vereine in sachlicher Weise ihre Zu-stimmung zu dem angeregten Zusammenschluß ausgesprochen, hielt es der Vorsitzende eines Vereins für seine vornehmste Pflicht, seinen Dank für die jahrelangen Bemühungen des Referenten und Herrn Amtsgerichtsrats Lewin dadurch auszu-sprechen, daß erstens ein solcher Zusammenschluß gar nicht not-wendig sei und zweitens, daß man die Beratung darüber obne „diese Herren“ ausführen sollte, da man nicht wissen könne, wohin die Reise gehen sollte. Das erstere Bedenken in allen Ehren, dazu war ja die Versammlung angekehrt, dazu das Referat gehalten, um eben einen sachlichen Meinungsaustausch herbeizu-führen, nicht aber, um um die Bewegung unrettungswürdig zu verurteilen, annehmend auch noch aus demagogischen Gründen, zu verächtigen.

Nach einer Schilderung, wie verschiedene Redner für oder gegen die Kartellgründung auftraten oder eine abwartende Stellung einnahmen, wobei auch der Berliner Bundesvorsitzende Geuer, der in der Versammlung anwesend war, einen Stich abbekommt, heißt es weiter:

Leider verlief der Abend nicht, ohne daß jenes Moment in Erscheinung trat, das sich, sobald die vaterländischen Arbeiter-vereine Magdeburgs überhaupt noch über ihre Verant-wortung etwas zu berichten haben, schambasiert hinter dem Kollektivausdruck „unser Angelegenheiten“ verstecken pflegt. Wochte diesem oder jenem dieser Schuldhalter eines persönlichen Unfriedens der Unwille der sichtlich auf sachliche Behandlung des Themas getrimmten Versammlung umbräuen, er ruhte nicht eher, bis er seine bis zum Speien be-kannten Schlagwörter angebracht hatte. Eine etwas energiereichere Leistung hätte ein solches Verabsäumen in persönlichen Klatsch und Tratsch zu verhindern gewußt.

Was will es unter diesen Umständen besagen, daß sich die Mehrheit der Versammlung schließlich „prinzipiell“ für einen Zu-sammenschluß entschied! Eine Einigung, die unter einem solchen Stern angebahnt werden soll, hat wenig Aussicht, zustande zu kommen. Das fühlt auch das gelbe Blatt, denn es sagt zum Schluß:

Sollte das Kartell zustande kommen, dann aber ein ein-eisernen Beisen Her und alle diese „Auch-Vaterländer“, diese Eigenbröler im Glanz der persönlichen Eigenliebe, diese Streiber nach Ämtern und Würden hinaus-gefegt und harte Bahn geschafft. Der Weg ist zu heiß und der Feinde zuviel, als daß derartige Elemente den Aufstieg zur Höhe belästen dürfen mit ihrem Eigennutz und ihren seit-lon prinzipiellen Quertreibereien.

An Deutlichkeit lassen diese Zeilen nichts zu wünschen übrig. Sie zeigen uns aber auch, wie überhaupt der ganze Bericht, daß es nicht geringfügige Meinungsverschiedenheiten sind, die in den Reihen der Gelben ihr Wesen treiben. Ohne Meinungsverschieden-heiten geht es nirgends ab, aber wo es sich um eine große Sache handelt, finden sich die freitbaren Elemente immer bald wieder auf gemeinsamem Boden zusammen. Am der großen gemeinsamen Sache fehlt es hier. Das ist der Grund des gelben Haders. Die gelbe Bewegung ist aufgebaut — will man von bauen über-haupt reden — auf niedrige Instinkte, auf den wirtschaftlichen Zwang des Unternehmertums. Zieht man die Gelben ab, die durch Unternehmertum in die gelben Vereine hineingezwängt wurden, dann bleiben die noch, die da glauben, durch Wohlver-halten und Liebedienerei vorwärts zu kommen, und ferner solche Leute, die aus irgendwelchem Grunde verärgert sind über die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften und denen das gelbe Geschwätz auf die roten und ihre Führer stiebliche Rüst in den Ohren war. Das aber sind auf die Dauer keine Bande, die zusammengehalten vermögen. Enttäuschungen stellen sich gar zu schnell ein, weil die wirtschaftlichen Vorteile in dem gewöhnlichen Maß ausbleiben und weil bald offenbar wird, daß hinter den Schwärzereien nichts weiter steht als das Bestreben, dem Unter-nehmertum im Kampfe gegen die Roten, die doch nun einmal die aufstrebende Arbeiterschaft verfeindern, zu Hilfe zu eilen.

Der gelbe Arbeiter, der nicht ganz und gar auf den Kopf gefahren ist, erkennt bald, daß ihm in den wirtschaftlichen, den vaterländischen Arbeitervereinen oder wie sonst sie sich nennen mögen, nur das Rindgut gebrochen werden soll, und er empfindet bald, daß er die Selbstachtung verlieren muß, wenn er die gelben Wege durch die und dünn mitgeht. So entsteht die Opposition, die im Wesen der gelben Bewegung begründet ist.

Der Hader der Gelben in Magdeburg ist ein lehrreiches Karik. Wäre der Arbeiter vermag er die Augen zu öffnen darüber, daß er betrogen ist, wenn er sich verleiten läßt, dem gelben Schwärzereien zu folgen. Der Arbeiter, der es hat seinen und seiner Angehörigen Interessen ernst meint, der darf nicht gelb, der kann nicht gelb, sondern muß rot sein!

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 31.

Magdeburg, Freitag den 6. Februar 1914.

25. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

206. Sitzung.

Berlin, 4. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Dellbrück.

Präsident Dr. Kämpf teilt mit, daß die beiden Abgeordneten Pütz und Hebel (Ztr.) heute morgen von einem Kraftfahrzeug überfahren und schwer verletzt in das Schwabinger Krankenhaus gebracht worden sind. Er wünschte ihnen im Namen des Hauses baldige Herstellung und völlige Genesung.

Etat des Reichsamts des Innern.

Auf der Tagesordnung stehen die zum Etat des Reichsamts des Innern zum Reichsvereinsgesetz gestellten Anträge.

Die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, um folgende Abänderung des Vereinsgesetzes zu eruchen:

1. Die Geltung landesrechtlicher polizeilicher Befugnisse über den in § 1 Abs. 2 des Vereinsgesetzes bezeichneten Umfang hinaus ist unbedingt auszuschließen.

2. Aufzuheben sind a) die Bestimmungen über die Anmeldung und Ueberwachung politischer Versammlungen; b) das Verbot des Gebrauchs fremder Sprachen; c) das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an Vereinen und Versammlungen.

3. Die für politische Vereine gegebenen Bestimmungen sind zu beschränken auf Vereine, welche die Erörterung politischer Angelegenheiten in Versammlungen bezwecken.

Die Abgg. Spahn und Genossen (Ztr.) beantragen, um folgende Abänderungen des Vereinsgesetzes zu eruchen:

1. Das Verbot des Gebrauchs einer nichtdeutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen wird aufgehoben.

2. Das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen wird beseitigt.

3. Das Recht der Polizeibehörden, Beauftragte in öffentliche Versammlungen zu entsenden, wird in einschränkendem Sinne fargestellt.

4. Die Ausübung des Versammlungsrechts wird gegen Behinderung durch polizeiliche Anordnungen über die Polizeistunde geschützt.

5. Für die öffentliche Bekanntmachung einer Versammlung wird deren Bekanntgabe in einer Zeitung, die in dem betreffenden Reichstagswahlkreis herausgegeben wird, als genügend erklärt.

Die Abgg. Brandts und Genossen (Polen) beantragen im wesentlichen dieselben Änderungen, und außerdem, daß in einem Bundesstaat, in welchem ein oberes Landgericht besteht, dieses in allen Strafsachen wegen Zuwiderhandlung gegen verschiedene Paragraphen des Vereinsgesetzes für die Verhandlung und Entscheidung der den Oberlandesgerichten zugewiesenen Revisionen und Beschwerden ausschließlich zuständig sein soll.

Abg. Dr. v. Laszewski (Polen): Wir Polen wollen keine Gnade, sondern verlangen Gleichberechtigung. Bei uns legt man den Begriff der öffentlichen Versammlung so weit aus, daß schließlich nur noch eine Familie einen Verein bilden kann. Geschlossene polnische Vereinsversammlungen werden überwacht, was an sich ein Präventivverbot des Gebrauchs der polnischen Sprache in solchen Versammlungen in sich schließt. (Zuruf bei den Polen: Unrecht!) Am Schluß einer Theatervorstellung mit Tanz dankte der Vorsitzende des polnischen Gewerbevereins in Gartz den Schauspielern für ihre Mitarbeit, und er wurde wegen Gebrauchs der polnischen Sprache in einer öffentlichen Versammlung bestraft. (Lebhaftes Hört, hört!) Ein Antialkoholverein wurde für politisch erklärt mit der Begründung, die Polen predigten Enthaltsamkeit nur, um eine Generation groß zu ziehen, die das Polenland wieder aufrichte. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Polen.) Fülle wie der Fall Anwandten kommen auch bei uns vor, werden aber totgeschwiegen. Bei einer derartigen Handhabung des Vereinsgesetzes bleibt nichts übrig, als den Sprachenparagraphen und den jugendlichen Paragraphen zu beseitigen. Der letzte Teil unseres Antrags soll eine gewisse Einseitigkeit in der Rechtsprechung erzielen. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Legien (Soz.):

Bei der Beratung des Vereinsgesetzes erklärte der damalige Staatssekretär und jetzige Reichsminister, daß allen Kleinlichen Auslegungen des Gesetzes und schikanösen Beschränkungen entgegengetreten werden solle. Dadurch haben die Liberalen, die wir vergebens warnen, sich verleiten lassen, dem Sprachenparagraphen und dem jugendlichen Paragraphen zuzustimmen — als ob der realistische preussische Polizeigeist mit der Schaffung dieses Gesetzes verschwinden könnte. Wie er sich geltend macht, zeigt eine Ueberfülle von Fällen. In Essen nahm die Polizeibehörde bei einer Hausdurchsuchung beim Transportarbeiterverband Kopfschriften der Mitgliederlisten und übermittelte sie der Eisenbahnbehörde. (Leb. Hört, hört! b. d. Soz.) Diese Handlung war nichts andres als Diebstahl. (Leb. Sehr richtig! b. d. Soz.) Gasparien wird von der Militärbehörde, der Fabrikverwaltung und der Polizeibehörde mit dem wirtschaftlichen Ruin gedroht, wenn sie gewerkschaftliche Versammlungen in ihren Lokalen duldet. Dabei hat der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg ein solches Verhalten ausdrücklich für unmöglich erklärt. Bisher hat sich aber noch kein Staatsanwalt gemeldet, der eingeschritten wäre. Gewerkschaftliche Versammlungen, die nicht meldepflichtig sind, sind doch auch natürlich nicht überwachungsspflichtig. Das preussische Oberverwaltungsgericht hat auf das Gegenteil erkannt; selbst Betriebsversammlungen erklärte es für überwachungsspflichtig. (Hört, hört! b. d. Soz.) Gewerkschaftliche Versammlungen und gewerkschaftliche Organisationen werden ohne weiteres für politisch erklärt, weil sie auf sozialpolitische Angelegenheiten einwirken wollen. Versammlungen eines Wahlvereins von 16000 Mitgliedern erklärte das Oberverwaltungsgericht für öffentlich, obwohl die Mitgliedschaft jedes Teilnehmers in der Versammlung feingestellt wird. (Leb. Hört, hört! b. d. Soz.) Wozu haben wir ein Vereinsgesetz, wenn solche Klipp und Klaren Gesetzesbestimmungen durch ein höchstes Gericht einfach mißinterpretiert werden.

Für die Beseitigung der Genehmigung einer Versammlung unter freiem Himmel wird in Sachsen eine Gebühr erhoben. Wer hat daran wohl bei der Schaffung des § 7 des Gesetzes gedacht! Die Versammlungen unter freiem Himmel werden verboten, weil zu befürchten steht, daß die Versammlung durch andere gestört werde! Als ob die Polizeibehörde sich verpflichtet fühlt, das Versammlungsrecht der Staatsbürger zu verbüßern, anstatt es pflichtgemäß gegen zutunliche Elemente zu schützen. (Leb. Zustimmung. b. d. Soz.) Das sächsische Oberverwaltungsgericht hat am 14. April 1913 die

Bereitschaftzeit der Landespolizeigesetzgebung unterstellt.

Das ist ein völliger Widerspruch gegen die bis dahin geübte Rechtsprechung und leider müssen sich die Gerichte jetzt daran halten. Die Erringung des Reichstags, mit dem § 3 des Vereinsgesetzes schikanöse Eingriffe der Polizei gegen politische Vereine, das heißt solche, die in Einmütigkeit auf politische Angelegenheiten bezwecken, auszuschließen, hat sich leider nicht erfüllt. Man erklärt jetzt alle Arbeiterportvereine und dergleichen nicht für

politisch, obgleich sie nur dieselben Zwecke haben wie die bürgerlichen Sportvereine. Die Deutsche Turnerschaft hat mindestens ebenso sehr eine politische Richtung wie die Arbeiterturnvereine. Es handelt sich da nur um verschiedene Weltanschauungen und es ist ein Rechtsbruch, wenn man jemand davon abbaut, seine Weltanschauung auf Grund der bestehenden Gesetze zu vertreten. Aber man will das Volk, das im Gegensatz zur Regierung steht, nach dem Willen der Regierung zwingen.

Die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erklären man nicht für politisch, wohl aber die, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehören. Wozu sollten unsere Gewerkschaften sozialdemokratisch sein? Dazu haben wir ja die sozialdemokratische Partei, die oftmals, auch durch den Mund Bethels, die Gewerkschaftsbewegung als eine nichtpolitische Massenbewegung erklärt hat. Die Polizeiverwaltung Thon hat in der Rundfrage über den Charakter der Gewerkschaften eine Zahlstelle als politisch erklärt, weil ihre Leiter Sozialdemokraten sind, und dabei hatte das Landgericht Thon einige Monate vorher die Zahlstelle für nichtpolitisch erklärt! (Hört, hört! b. d. Soz.) Derartige Polizeiauskünfte sind geradezu

einer Verletzung der Zeugenpflicht gleichzuachten.

Der Königsberger Polizeipräsident beweist in seiner Auskunft, daß er noch nicht einmal weiß, daß die Generalkommission schon vor 9 Jahren von Hamburg nach Berlin verlegt wurde. Aus Danzig schickte die Polizei ein Handelsammergutachten ein, worin der größte Kohl enthalten ist, wie zum Beispiel, man habe nicht feststellen können, ob in Danzig ein eignes Verbandsorgan existiere und daß die Mitglieder in ihren sozialdemokratischen Vereinen sogenannte Marken lebten! (Heiterkeit b. d. Soz.) In Mainz hat man die Auskunft vom Arbeitgeberverband eingeholt.

Besonders interessant ist das Gutachten des Berliner Polizeipräsidenten, der ja durch seine juristischen Gutachten überhaupt berühmt ist. (Heiterkeit.) Er erklärt den Polizeiarbeiterverband für politisch, weil er gegen seine Erklärung zum politischen Verein Einspruch erhoben hat. (Hört, hört!) Sogar die Stellungnahme in reinen Permissfragen, wie zum Beispiel zur Feuersgefahr in der Zellulosefabrik wird als politische Tätigkeit bezeichnet. Was müßte da alles politisch sein! Es gibt doch gar keine Interessentenverbände, die nicht schon in ähnlicher Weise Permissfragen beraten hätten.

Bei Besprechung einer Entscheidung des Berliner Polizeipräsidenten, worin Jugenderkrankungen als dem Strafrecht, nämlich einer Strafbestimmung des Reichsvereinsgesetzes, zuwiderlaufend, hingestellt werden, fragt der Redner, was größer sei, Jagoms juristische Kenntnis oder sein Mangel an Gewissenhaftigkeit! (Vizepräsident Paasche mahnt den Redner zur Mäßigung.) Ich überlasse das Urteil dem Senate. Der Polizeipräsident behauptet auf Grund der Angaben dreifacher und gelber Organe, daß einzelne Zahlstellen Gelber an die sozialdemokratische Parteifrage lieferten, und auf Grund solcher Auskünfte haben manche Gerichte verurteilt. In einer andern Auskunft erklärt Polizeipräsident v. Jagow, der Zimmererverband sei politisch, weil Vertreter der Generalkommission an Beratungen des Parteivorstandes und des Groß-Berliner sozialdemokratischen Aktionsausschusses teilnahmen. Ist das nicht gleichzustellen einer

unwahren eidlichen Aussage vor Gericht?

(Vizepräsident Dove: Wollen Sie direkt behaupten, daß der Polizeipräsident unter Eid die Unwahrheit gesagt hat?) Ich habe erklärt, ich betrachte ein solches Gutachten, an ein Gericht ähnlich wie ein eidliches Sachverständigengutachten. (Vizepräsident Dove: Es handelt sich also nicht um eine wirkliche Vernehmung? Heiterkeit.) Wenn der Polizeipräsident dem Senate Geltung verschaffen wollte, dürfte er nicht solch unwahre Gutachten abgeben. Er beruft sich zum Beispiel darauf, daß 16 hervorragende Gewerkschaftsführer sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete sind. Dem sind aber doch die christlichen Gewerkschaften auch politisch, denn ihre Führer Giesberts und Schiffer sind Reichstagsabgeordnete! Aus dem gemeinsamen Flugblatt der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wegen der Noabiter Vorgänge schließt der Polizeipräsident den politischen Charakter der Gewerkschaften, die doch an diesen Vorgängen sehr interessiert waren. Wenn also Traugott v. Jagow und Fürstbischof Kopp gemeinsam ein Flugblatt gegen die Gewerkschaften erstehen, so würde damit der Polizeipräsident von Berlin katholisch geworden sein. (Große Heiterkeit.) Der Zweck des ganzen Vorgehens ist offenbar

den Gewerkschaften die jugendlichen Mitglieder zu nehmen.

Nun, die Gewerkschaften haben 25 Jahre lang vor dem Reichsvereinsgesetz den Kampf gegen das reaktionäre Gesetz von 1850 geführt, sie sind dabei nicht schwächer geworden, und wir werden auch diesen Kampf aufnehmen. Wir werden für alle unter 15000 Zahlstellen in Deutschland gerichtlich feststellen lassen, ob sie politisch sind. Uns liegt gar nichts daran, die 15jährigen jungen Leute mit politischen Ideen vollzustopfen, wir wollen ihnen ihre Jugendjahre erhalten, aber die jungen Arbeiter können im wirtschaftlichen Kampfe von großer Bedeutung sein, so z. B. die sogenannten Hilfsmänner im Transportarbeiterverband. Unsere Jugendbewegung ist nur eine Abwehr gegen das Bestreben der bürgerlichen und konfessionellen Jugendvereine, die Arbeiterkinder ihren Eltern zu entreißen. In den bürgerlichen Jugendorganisationen werden politische und sozialpolitische Vorzüge unbeachtet gehalten, gegen unsere Jugendorganisation greift man zu dem Gemeinsten,

zur Benützung junger Leute als Sichel.

(Sturm. Hört, hört! b. d. Soz.) Alle Drangsalierungen der Arbeiterjugend werden für unsere Ideen mehr als unsere Agitation. Die bürgerlichen Parteien aber begehen eine unverzeihliche Sünde, wenn sie diese Verfolgungen weiter dulden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nicht Recht, sondern knifflige Rechtsbeugung wird gegen uns angewendet. Mögen die bürgerlichen Parteien gutmachen, was sie 1908 bei der Schaffung des Reichsvereinsgesetzes geübt haben! Die Weltgeschichte lehrt, daß herrschende Klassen, die aufstrebenden Klassen mit Rechtsbeugungen entgegenreten, stets hinweggefegt wurden. Auch für Deutschland wird die Zeit kommen, wo das Bürgerrecht an Stelle dieser kniffligen Rechtsbeugung treten wird! (Leb. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Marx (Ztr.): Für die Sozialdemokratie gibt es gar kein wirksameres Agitationsmittel, als eine Handhabung und Auslegung des Vereinsgesetzes, die zu solchen Beschränkungen Anlaß gibt. Deshalb sollten die bürgerlichen Parteien überlegen, ob es nicht Zeit ist, das Gesetz freihändig auszubauen. Denn auch gegen die christlichen Gewerkschaften und Vereine nicht zu vergegangen wird, wie gegen die freien Gewerkschaften, so verurteilen wir das Unrecht, gegen wen es auch geschieht. Solche gemalten Auslegungen können sehr wohl auch gegen christliche Organisationen angewandt werden. Die Sozialdemokraten stehen übrigens doch selbst auf dem Standpunkt, Partei und Gewerkschaften sind eins. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir verlangen weiter die Aufhebung des Sprachenparagraphen. Dieser hat alles vernichtet, was an freibildlichem Ausbau durch das Vereinsgesetz geschaffen worden ist. Ich erinnere nur an den Fall Anwandten. Die Kleinlich erscheint der große preussische Staat, der mit solchen Mitteln die Staatsüberheit schützen will. Die Teilnahme Jugendlicher an

politischen Versammlungen verlangen wir als Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung. (Zust. i. Ztr.) Die Verpflichtung der Schulleute, keinem Verein beizutreten, steht im Widerspruch mit dem Koalitionsrecht. (Sehr richtig! i. Ztr.)

Ministerialdirektor Dewald: Bei Ausführung des Vereinsgesetzes liegt bei den einzelnen Bundesstaaten. Zu einem Einschreiten im einzelnen Falle hat die Reichsleitung keine Handhabe. (Oh! b. d. Soz. Zurufe: Recht der Beaufsichtigung!) Das Recht der Beaufsichtigung kann nur dazu führen, daß der Reichsminister sich mit einer einzelnen Regierung in Verbindung setzt, wenn deren Ausführungsbestimmungen mit dem Gesetz nicht im Einklang zu stehen scheinen. Aber die Ausführungsbestimmungen sind sämtlich von dem Wunsche getragen, das Vereinsgesetz in einem lokalen von Schifanen freien Sinne auszuführen. (Stimm. Heiterk. links.) Charakteristisch ist auch, daß die Beschränkungen gegen die Erfindungsbehörden fast verschwunden sind und daß sie sich heute hauptsächlich gegen die Auslegung des Gesetzes durch die Gerichte wenden. Es hat sich doch eine große Sicherheit der Auslegung des Gesetzes herausgebildet und das Vereinsgesetz bürgert sich ein. (Zuruf b. d. Soz.: Das Recht wird gebeugt!) Die Gerichte begehen keine Rechtsbrüche. (Widerpruch b. d. Soz.) Zur Förderung der Aufhebung des Sprachenparagraphen haben die verbündeten Regierungen ihren ablehnenden Standpunkt nicht geändert, der Fall Anwandten kann dazu auch nicht beitragen.

Wenn gefragt wird, daß wirtschaftliche Vereine für politisch erklärt wurden, so kommt es doch nicht auf die Satzungen eines Vereins an, sondern darauf, was er tut. Auch Turn- und Gesangsvereine können sehr wohl politische Vereine sein. (Lachen b. d. Soz.) Der Arbeiter-Turnerbund ist erwachsen aus dem politischen Klassenkampfgedanken. Die Turner werden aufgefordert, für sozialdemokratische Kandidaten zu agitieren. (Hört, hört rechts! Zuruf b. d. Soz.: Was machen denn die Arbeitervereine?) Unzweifelnde nationale Turnerschaft steht politischen Betrachtungen im einzelnen vollkommen fern. (Lachen b. d. Soz.) Ich will durchaus nicht apodiktisch behaupten, daß alle freien Gewerkschaften sozialdemokratisch sind. Darüber haben die Gerichte im einzelnen frei und unabhängig zu entscheiden.

Was den Erlass des Berliner Polizeipräsidenten gegen die Berliner Schutzmannsvereinigung betrifft, so hat der Staatssekretär schon früher dargelegt, daß der § 1 des Vereinsgesetzes nicht das Disziplinarrecht der Behörden aufhebt. So gut wie der Bischof eine Vereinigung von Mönchen verbieten kann, kann es die Disziplinarbehörde gegenüber ihren Beamten. Für die Schutzmannschaft einer so großen Stadt müssen ganz besondere Regeln gelten. In London wurde ebenfalls eine Schutzmannsvereinigung mit derselben Begründung wie in Berlin verboten. Die englische Presse hat diesen Erlass sehr wohl verstanden mit Rücksicht auf die Gefahren eines Polizeireits für die öffentliche Sicherheit. Was die Statuten sagen, steht auf dem Papier, was aus der Sache später wird, kann niemand wissen. Gehung des Standes kann man jaedenfalls auslegen. Die 8000 Schulleute müssen immer seit in der Hand der Staatsregierung sein. Wenn der Vorredner Polizeipräsident von Berlin wäre, würde er die gleiche Verordnung erlassen. (Leb. Beifall rechts.)

Abg. v. Beit (kon.): Wir halten fest am Reichsvereinsgesetz und lehnen jede Abänderung ab. Wir begreifen es, daß es auf Grund des Reichsvereinsgesetzes möglich war, die sozialdemokratische Jugendbewegung mit Erfolg zu bekämpfen; erst diese Bewegung hat die nationale Jugendbewegung hervorgerufen, die keine Politik treibt, sondern nur die Jugend erziehen will, am Vaterland und am angekommenen Herrscherhaus teilzunehmen, damit unsere Jugend in das Heer tritt. (Bravo! rechts.)

Abg. Mertin (Dels. Sp.) wendet sich ebenfalls gegen die Anträge. Die Rechte der Polizei sind nach dem Reichsvereinsgesetz wirklich nicht übermäßig groß. Der Sprachenparagraph darf nicht geändert werden, hat doch sogar ein Postbeamter mit einem Hauptmann französisch gesprochen! Und im Osten stellen sich die polnischen Jungs, als könnten sie nicht Deutsch. Die Jugend muß frei bleiben von Politik. (Bravo! rechts.) Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß 6½ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung.

Berlin, 4. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerialrat: Weseler.

Zweite Lesung des Justizetats.

Zur dem Kapitel Einnahmen aus der Beschäftigung der Gefangenen ist ein sachkritischer Antrag eingegangen, der die Regierung ersucht, den Abgeordneten eine Denkschrift vorzulegen, welche über den jetzigen Stand der Gefängnisarbeit, über Umfang und Art der Beschäftigung der Gefangenen, über die Höhe der Löhne und die Tätigkeit der für die Provinzen eingesetzten Weiräte Aufschluß erteilt.

Abg. Vorkämper (Ztr.): Die Einnahmen der Justizverwaltung haben sich nicht erfreulich gestaltet. Vor allem haben sich durch die Befreiung des Grundbesitzes die Einnahmen der freiwilligen Gerichtsbarkeit wesentlich verringert. Das Stempelsteuergesetz bedarf einer gründlichen Revision und der Grundbesitz darf nicht weiter belastet werden. Die schwere Krise des Baumarktes hat in diesem Zusammenhang ungünstig auf die Gestaltung des Justizetats eingewirkt. Unter der gegenwärtigen Form der Stempelsteuerabgaben hat der Mittelstand zu leiden.

Abg. Bireck (freikons.): Der Etat beweist, daß die Arbeitskraft der Gefangenen besser als früher ausgenutzt wird. Dadurch werden die Gefangenen wirksamer zu einem geordneten Leben erzogen und gleichzeitig wird durch die Einnahmen aus dem Arbeitsbetrieb der Gefangenen der Staat in etwas entlastet. Auch wirkt der Verdienstanteil der Gefangenen bestend auf sie ein. Aber die Entlohnung der Gefangenenarbeit darf unter keinen Umständen auf Kosten des freien Gewerbetriebs geschehen. Es dürfen also nur solche Arbeiten von den Gefangenen ausgeführt werden, die dem freien Gewerbe keine Konkurrenz machen. Wir erwarten, daß der Rat der Provinzialen Beiräte, die eine gesunde Beziehung zwischen den Gefängnisbetrieben und dem freien Gewerbe herstellen sollen, auch befragt wird.

Abg. Dr. Schmitt (Ztr.): Der Strafvollzug ohne Arbeitsmangel ist undenkbar. Die Gefangenen müssen mit solchen Arbeiten beschäftigt werden, z. B. mit dem Sortieren von Brennmaterial, die den freien Gewerben keine Konkurrenz machen.

Abg. Bielek (natl.): Um die Konkurrenz der Gefängnisarbeit nach Möglichkeit auszuscheiden, sollte man sie nur an die weitestgehenden Unternehmer vergeben. Dann würden die berechtigten Klagen des geschädigten Mittelstandes verstummen. Dem Antrag Kronjahn stimmen wir zu.

Abg. Haumer (kon.): Auch wir sind grundsätzlich für diesen Antrag. Die Schädigung des Handwerks durch die Gefängnisarbeit muß beseitigt werden. In der Schiedsricht. Schlichterei, Tischlerei, Bürstenfabrikation besteht eine scharfe Konkurrenz. Die Einführung einer Arbeitsbelohnung für willige und geschickte

Kleine Chronik.

Der Massenmörder Wagner im Irrenhaus.

Der Massenmörder Wagner aus Degerloch ist Mittwoch früh unter schwerer Bewachung von Weilbronn nach der Irrenanstalt Weilbrunn gebracht worden, wo er nun lebenslanglich bleiben wird.

Bruno Langer über seinen Rekordflug.

Bruno Langer, der junge Flieger, der am Dienstag den Weltrekord für den längsten Flug mit 14 Stunden und 7 Minuten aufgestellt hat, macht über seine Fahrt und die Vorbereitungen hier- gefolgt hat, macht über seine Fahrt und die Vorbereitungen hier- gefolgt hat, macht über seine Fahrt und die Vorbereitungen hier-

Fliegerstud.

Das Fliegen wird heutzutage als ein höchst beliebtes und auch ein höchst nützliches Hobby angesehen.

Nieder ein Flieger-Schreck.

Das Fliegen wird heutzutage als ein höchst beliebtes und auch ein höchst nützliches Hobby angesehen.

Ein junges Familiendrama.

In Gießen hat der 22 Jahre alte Bruder Johann, der seit längerer Zeit in Gießen als Kaufmann tätig ist, ein junges Familien-

Ein gefährlicher Gewerkschaft.

Der jüngste Teil wurde aus der Gewerkschaft in Dresden ein monatliches Geld, das durch eine Rechnung dargestellt, das ver-

Gefahren im Verkehr.

Durch ein Unwetter in Hittenau (Oberbayern) wurden fünf Personen auf dem Wege nach München durch einen Sturm getötet.

Der 'Neger' der Familienkammer.

In dem hessischen Orte Oberhambach war der 30 Jahre alte Arbeiter Karl der 7 Monate alte uneheliche Sohn einer schwarzen Frau in den Armen, um es zu sein.

Die Barfußkinderin.

Als Marquise de Villevert wurde am Mittwoch die ehemalige Barfußkinderin Minna Lucie Otto aus der Unterjuchungshaus der ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin vorgeführt, um ein altes, noch aus ihrer frühesten Tätigkeit hervorgehobenes Schulfoto zu begleiten.

Im Ringkampf totgedrückt.

In Kiewer bei Sankt Wendel liegt der 30jährige Matthias Winter aus Bachem mit einem Verwundeten in einen Ring-

Ueberreicher Kindersegnen.

In Tournai, das in der belgischen Provinz Hennegau liegt, brachte die 30jährige Gattin eines Buchhalters namens Defense vier-

Eine entfehlende Schlagerin.

In Südtirol entstand zwischen Bauern und Kirchengenossen eine Schlagerin. Etwa 300 Mann nahmen, mit Beilen, Heugabeln und Äxten bewaffnet, an dem Kampfe teil.

Bereins-Kalender.

Table with columns for date, event name, and location. Includes events like 'Sozialdemokratischer Verein', 'Gewerbevereinsbeisitzer', 'Verband der Kupferschmiede', etc.

Wasserstände.

Table with columns for date, location, and water level. Includes locations like 'Juchungslan', 'Haffstrut und Saate', 'Mulle', 'Eilbe', etc.

Gefangenen hat pädagogisch gut gewirkt. Nach dem Bericht des Ministeriums des Innern haben die Beiräte in den Provinzen bei der Prüfung der Gefängnisarbeit keinerlei Anstände gemacht.

Hg. Bente (Fortf. Sp.) begründet den fortschrittlichen Antrag. Eine Denkschrift, wie wir sie fordern, ist keineswegs überflüssig.

Hg. Dr. Siebnacht (Soz.):

In den russischen Gefängnissen hat man die Zwangsarbeit beibehalten, um die Gefangenen durch Beschäftigungslosigkeit zu quälen. Eine sinn- und zwecklose Arbeit ist aber eine ebenbürtige Qual.

Der fortschrittliche Antrag wird angenommen.

Die Generaldebatte wird beim Titel 'Kriegsgefangene' geführt.

Hg. Jähner (Ztr.) wünscht die brüderliche Verbindung der Arbeiter und eine möglichst unabhängige Gestaltung der Sozialbewegung, besonders auch der Unterbewegung.

Hg. Bente (Soz.) fordert eine Reihe von Verbesserungen hinsichtlich der Gefängnisarbeit.

Hg. Siebnacht (Soz.) fordert eine Reihe von Verbesserungen hinsichtlich der Gefängnisarbeit.

Vom Reichstags-Wahlkampf in Jerichow 1 und 2.

Die Nationalliberalen wollen nicht mitmachen.

Einige nationalliberale Vereinsmänner haben den Beschluß gefaßt, Wilhelm Kobelt als das kleinere Übel zu unterstützen. Der Beschluß ist in den Blättern des Wahlkreises veröffentlicht und von der „Freisinnigen Zeitung“ in Berlin als die ganz selbstverständliche Folge des gegenseitigen Verhältnisses und der augenblicklichen politischen Situation gepriesen worden.

Indessen, so selbstverständlich erscheint die Unterstützung des fortschrittlichen Kandidaten beileibe nicht allen Nationalliberalen des Wahlkreises. Sofort meldete sich ein E. St. in den Burger Blättern und erklärte den Beschluß einer zufälligen Vereinsmehrheit für falsch und verhängnisvoll. Wer die Burger Nationalliberalen kennt weiß, daß E. St. mit seiner Meinung wahrlich nicht allein steht.

Zunächst sollte am Mittwoch abend in der „Centralhalle“ in Burg die öffentliche Bestätigung des internen Vereinsbeschlusses erfolgen. Ein leidenschaftiger nationalliberaler Reichstagsabgeordneter sollte für Kobelt das Wort ergreifen. Und was für einer! Ein leidenschaftiger Baron: Hartmann Oswald Heinrich Ferdinand Freiherr von Richthofen, der Sohn eines früheren Staatsministers und Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes. Aber der nationalliberale Abgeordnete kam nicht. An seiner Statt konnte der Vorsitzende Feldheim nur ein Telegramm vorweisen: eine Familienangelegenheit verhinderte den nationalliberalen Baron, für den fortschrittlichen Kandidaten eine Lange einzulegen. Am Mittwoch nachmittags 4 Uhr war das Telegramm in Richthofens Hände gekommen.

Nun gibt es gewiß dann und wann Gründe, die einen Redner verhindern, sein Versprechen einzulösen. Hier und da kommt es auch vor, daß eine „Familienangelegenheit“ plötzlich zwischen Absicht und Ausführung tritt. Da hat ein Onkel Geburtstag und man hat im Drange der Geschäfte den wichtigen Tag ganz vergessen; oder ein Bekter wird befördert und gibt ein Liebesmahl, bei dem man nicht gut fehlen darf; oder eine Tante hat ihren Fünfundsechzigsten, bei dem man unbedingt Kuchen knabbern muß; oder — die Reihe ist endlos, vielgestaltig ist das Leben und hart sind die Verpflichtungen des Mannes, der in der guten Gesellschaft verkehren mag.

Läßt die engere Familie aber auch den Mann von Welt einmal frei, so kommt sofort die weitere politische Familie, die Partei und hat Reichthum auf ihn und hier werden im Stillen die Familienangelegenheiten wieder in die politische Richtung die Fesseln geschmiebelt worden sein. Ränklich: trifft die engere „Familienangelegenheit“ zu, so war es dem nationalliberalen Abgeordneten ein leichtes, einen seiner Fraktionskollegen im Reichstag zu veranlassen, für ihn in die Wrede zu springen und das Referat in Burg zu übernehmen. Das wäre sogar keine einfache menschliche und politische Pflicht gewesen, wenn er es selber ernst genommen hätte mit seinem Eintreten für Kobelt. Aber nichts davon geschah. Ein Telegramm und damit Punkt. Nun steht ihr Fortschrittler zu, wie ihr euch aus der fatalen Situation herauswindet.

Das läßt tief bliken. Das beweist, daß die paar nationalliberalen Fremdlinge, die den Beschluß für Kobelt gefaßt haben, recht vereinzelt stehen und die nationalliberale Fraktion nicht hinter sich haben. In der Leitung der nationalliberalen Partei macht man für den fortschrittlichen Kandidaten nicht den kleinen Finger krümmen, und von den Burger Nationalliberalen trat am ganzen Abend nicht ein einziger für Kobelt an die Rampe. Nicht einmal die beiden Unterzeichner des Beschlusses wagten sich hervor.

Die Fortschrittler ließen begreiflicherweise arg die Köpfe hängen. Aus der beschäftigten nationalliberal-fortschrittlichen Berührung wurde eine ganz gewöhnliche fortschrittliche Agitationsversammlung. In höchster Not hatten die Fortschrittler einen ihrer Abgeordneten herantelegraphiert, den Seminarlehrer Sibkovich, der in Hagenow-Grubesmühlen dank sozialdemokratischer Hilfe den konservativen Renommierhändler Pauli verdrängt hat. Es ist ein Unglück mit diesen Lehrern; sie halten einander ledernerne Heften vor wie nach dem ledernen Kupon, das ihnen eingepaukt worden ist, oder sie fühlen sich als die autoritätsgesättigten Herren der „Klasse“ und brüskieren die Zuhörer, die sich nicht wie Kinder behandeln lassen wollen. Von der letzteren Sorte ist der Rektor Sommer (Burg) und — untermischt mit einer kräftigen Dosis Fanatismus — der Lehrer Böer (Magdeburg), der später auch noch den Drang fühlte, eine Gastrolle zu geben. Von der erstern Sorte ist der medienburgische Seminarlehrer Sibkovich. Während seines einstündigen Vortrags merkte man nur eins: wie viele Menschen in dieser Winterzeit vom Guten geplagt werden. Sonst lodte diese Rede ohne Temperament und Leidenschaft keine Lebensäußerungen aus den Versammelten heraus. Immerhin aber nahm der Herr Lehrer das Programm der Fortschrittler Punkt für Punkt durch — genau so, wie wenn er vor seinen Seminaristen stünde —; er verschwiegte nichts und bekannte sich zu den Sagenen, die die fortschrittliche Volkspartei für ihre Befenner aufgestellt hat. So konnte man bequem Sibkovich gegen Kobelt auspielen.

Der konservative Wandredner Kaufhold allerdings ließ die bequeme Gelegenheit unbenuzt vorübergehen. Er mußte gleichsam zum Reden gezwungen werden, und als er schließlich vorzureden mußte, erklärte er: „Ich rede, wann ich will; ich bin gekommen, um Richthofen zu hören; da er nicht gekommen, will ich nur das tun, was der Referent auch getan hat: Ihnen den Götzen von Verfassungen zittern.“ Sibkovich hatte nach Lehrerrat manches eingebrachte Wort gebracht, darunter auch die Stelle, wo der überausdane Götze sich für Kaiser und Freiheit erklärt. Kaufhold

aber meinte eine andre Stelle aus dem Götze, die jeder kennt, und die niemand nennt. Aber die Fortschrittler kennen sie offenbar nicht, denn sie ließen die — Redheit des Konservativen wirkungslos vorübergehen. Sie waren schon froh darüber, daß Kaufhold nicht wagte, das Wort zu nehmen. Für Kobelts Flucht aus Woltersdorf haben sie allerlei windige Entschuldigungen bereit, dem Kaufhold krediten sie aber keine Feigheit die an. Wir meinen, Kaufhold kann Kobelt die Hand reichen; sie sind in Sachen des Mutes einander wert und würdig.

Da der Konservative nicht zum Reden zu bringen war, mußte der Sozialdemokrat herausgelockt werden. Freund Böer hatte einen pyramidalen Einfall: der Sozialdemokrat Landsberg hat vor 2 Jahren erklärt, daß Industriezölle nötig seien, um industrielle Produktionszweige hochzubringen oder hochzuhalten; daßselbe vertritt der Fortschrittler Kobelt hinsichtlich der Agrarzölle, die für die landwirtschaftliche Produktion nötig sind, und trotzdem kommen von sozialdemokratischer Seite jetzt die Vorwürfe.

Der Böersche Trugschluß veranlaßte Wader, den Versammelten den Unterschied zwischen einem Industriezoll, der Handel und Verkehr fördern, die Industrie heben und den Arbeitern Verdienst und Arbeitsgelegenheit bringen soll, und den Agrarzöllen klarzumachen, die die Lebensmittel verteuern, die Lebenshaltung herabdrücken und zugunsten weniger Großgrundbesitzer die Massen des Volkes und der Konsumenten auspowern. Die Versammlung verstand offenbar durchweg den fundamentalen Unterschied zu würdigen; bloß der fortschrittliche Parteisekretär Schumacher hob den Finger und meldete, daß er nichts davon begriffen habe. Was nur beweist, daß es mit Schumachers Verfehlung zu Ostern sehr krübe bestellt ist.

Die Diskussion ging daneben natürlich um Kobelts politische Verschommenheit. Wader griff sie an und legte sie klar, indem er sich mehrfach auf Sibkovich stützte, den man vorher nicht genügend instruiert hatte. Die Freunde Wolff und Böer fanden alles wunderschön, was Kobelt tut und sagt. An

Kobelts Flucht aus Woltersdorf

ist nicht Kobelt, sondern ausgerechnet der konservative Wandredner Kaufhold schuld. Denn dieser niederträchtige Mensch hat Freund Wolff vorher erklärt: „Kobelt kann ruhig fahren, wir machen die Geschichte schon ohne ihn.“ Und ruhiger beschwert er sich darüber, daß Kobelt ausgerissen, der Schwereidner. Man sieht klar: nur die konservative Lüge hat Kobelt von seinem Platz in Woltersdorf verdrängt, sonst — sonst — o, wie hätte er seine Klinge geführt und dem Wünder Brandt es eingetränkt.

Man war überhaupt sehr wehleidig auf fortschrittlicher Seite. Wolff und Böer beklagten sich einhellig darüber, daß Konservative in ihre Versammlungen rücken und daß da und dort mal

ein Sozialdemokrat sich zu ihnen gesellt. Wader bildet sich ein, ruft Wolff mit Empfindung, daß er an dem Ausfall der Magdeburger Wahl das Verdienst, die Schuld hat. Vor 2 Jahren ist er auch in unsere Kobelt-Versammlungen gerückt und hat es dort mit Fragen und Angriffen genau so gemacht, wie er's jetzt hier in Jerichow wieder treibt. Aber er irrt sich, der Wader. Diesmal kommt's anders, ganz anders . . .

Arg wehleidig war auch Oskar Böer. Welche Wendung durch eines Wahlausfalls Fügung! Vor 2 Jahren, am Abend des 11. Januar 1912, zitierte er noch die pieternadige nordische Sage von dem Königssohn, der im Boot seine Hand abhackt und sie mit der andern in hühenem Hogen ans Ufer wirft, um den ersehnten Preis der ersten Landung zu gewinnen. Damals Manneskraft und Kampfesmut. Und heute? Ein unaufhörliches Wimmern über die konservativen und sozialdemokratischen Schlechtigkeit des Besuchs fortschrittlicher Versammlungen. Und dabei hat sich Wader erst zum drittenmal in fortschrittlichen Versammlungen sehen lassen. Steht es denn mit der „Siegeszuversicht“ der Kobelt-Rennen schon so jämmerlich, daß einige Diskussionsreden sie erdrücken und ausblasen?

Ganz offenbar. Denn Böer klagte herzbewegend. Beim nächsten Mal wird er über die sozialdemokratische Berruchtheit blühende Zähen vergießen. Also Freunde, bringt Taschentücher mit! —

Kobelt als Herold der Disziplin.

Von einem früheren Offizier wird uns geschrieben: Herr Kobelt, der am 10. Februar gern in den Reichstag gewählt werden möchte, will von der Befreiung der militärischen Sondergerichtsbarkeit nichts wissen, weil auch ihm die militärische Disziplin über alles geht. Wenn einer bei der Verteidigung militärischer Einrichtungen keine vernünftigen Gründe ins Treffen führen kann, kommt er sicher mit der Erhaltung der Disziplin angerückt. So geht es ja auch beim Kampf um den Drill und den Paradeanzug.

Nun ist es ganz ausgeschlossen, daß mit der Unterstellung der Militärpersonen unter die Zivilgerichtsbarkeit die Disziplin leiden würde, denn die Zivilgerichte würden die Verletzungen der militärischen Subordination und Disziplin gewiß nicht zu leicht bestrafen. Dafür würde schon die Tatsache sorgen, daß das Deutsche Reich ein Militärstaat durch und durch ist und in ihm daher der Sinn für die Unterordnung viel besser gedeiht, als es für die Entwicklung des deutschen Volkes gut ist. Ferner sind unter den Berufsrichtern nur zu viele, die Offiziere des Heeres in den Augen des Soldaten sind oder waren. Sie haben für die militärische Disziplin gewiß ein genügendes Verständnis.

Herr Kobelt versichert wohl auch, daß er die Soldatenschilderei verabscheut. Will er hier wirklich zur Abhilfe beistehen, denn muß er für die Befreiung der militärischen Standesgerichte eintreten, denn die milde Bekrafung der Soldatenqualer ist vor allem darauf zurückzuführen, daß diese von Gerichten abgeurteilt werden, die sich nur aus militärischen Vorzügen zusammensetzen. Vor den Zivilgerichten wäre

die Sache anders. Hier würden die Soldatenschilder gewiß fester angepaßt.

Wennso erginge es den Säbelhelden, die unbewaffnete Zivilisten mit dem Seitengewehr traktieren. Sie fänden bei den Zivilrichtern vielleicht eine weniger nachsichtige Beurteilung. Auch das Absetzen der Zivilbehörden, wie es in Zabern geschah, würden die Offiziere sich sehr eingehend überlegen, wenn ihnen die Aussicht winkte, wie andre Staatsbürger vor dem Zivilrichter sich verantworten zu müssen.

Eine gründliche Reformierung der Armee ist ohne die Befreiung der Militärgerichte gar nicht möglich. Herr Kobelt aber will bei der letztern absolut nicht mittun, obwohl sie keinen Schaden, sondern nur Nutzen brächte. Er gehört also auch zu den Militarfrommen. Militarfromme haben wir aber im Reichstag schon mehr als genug. Darum muß man dafür sorgen, daß er nicht in den Reichstag hineinkommt! —

Ein Gegner über die Sozialdemokratie.

Der Pfarrer Dr. Nieborowski befaßt sich in der neuesten Nummer der von ihm herausgegebenen Wochenchrift „Das katholische Deutschland“ (1. Februar 1914) mit dem Thema Sozialismus und Katholizismus. Den Anlaß dazu gibt ihm ein Artikel uners Breslauer Parteiblattes. Pfarrer Doktor Nieborowski, der wegen seiner Gegnerschaft gegen die interkonfessionelle Wachenrichtung bekannt und ein extremer Ultramontaner ist, rückt zunächst soweit wie möglich von der Sozialdemokratie ab, und er schreibt, es würde ihm nie und nimmer einfallen, Bündnisse mit den Sozialisten zu schließen, wie es von der andern Richtung im Zentrum geschehen sei. Dann heißt es weiter:

Aber dennoch müssen wir nach der Lektüre der maßgebenden sozialistischen Blätter sagen, daß die konservativen Blätter und vor allem die Zentrumsblätter die Sozialisten in einer Weise behandelt, die sie nicht verdienen und die sie für immer mit Abscheu vor der monarchischen Gesellschaftsordnung erfüllen muß. Durch diese Art Behandlung gibt den meisten Katholiken jeder Sozialist von vornherein als ein innerlich verkommener Mensch, der an die Wahrheit seiner Ideen selbst nicht glaubt und nur aus moralischer Minderwertigkeit sich zum Sozialismus bekennt. . . . Das machen wir in dieser Weise nicht mit. Es steht für uns fest, daß Hunderttausende erstere und ernst zu nehmender sozialistischer Männer und Frauen aus reinem Idealismus dieser Idee anhängen, für sie schwere Opfer bringen, für sie leiden, weil sie glauben, dadurch wirklich der Menschheit zu nützen. Daß viel ideales Streben unter den Sozialisten lebt, zeigen ihre starken Erfolge in der Abstinenzbewegung. Auch der Umstand, daß fittlich zweifelhafte Angelegenheiten in ihren maßgebenden Blättern kaum zu finden sind, ist zu beachten sein. . . . Der Sozialismus ist nun einmal eine Geistesrichtung, eine Ueberzeugung Hunderttausender verständiger und ernst zu nehmender Menschen — und mit hämischer Hohn und Spott wird man ihm kaum beikommen. Wer den Sozialismus und den Sozialisten nur mit Hohn und Spott, mit Haß und Verachtung behandelt, der arbeitet nur auf die Katastrophe hin. . . .

Der Pfarrer klagt die von ihm gekennzeichneten Politiker an, daß sie „die bürgerlichen Massen für den unvermeidlichen Kampf mit Haß und Fanatismus erfüllen wollen“; eine Politik der Liebe und Klugheit sei das nicht; man müsse das Edle in dem Streben der Sozialisten anerkennen und daran anknüpfen. — An diesem Merkmal können sich die „Liberalen“ uners Wahlkreises ein besonderes Beispiel nehmen. —

Versammlungen.

Plätz, 5. Februar. Hier fand am Mittwoch abend die erste sozialdemokratische Wählerversammlung in diesem Wahlkampf statt. Sie war sehr stark besucht. Das Wahlzelt war bis auf das letzte Plätzchen gefüllt und in Scharen standen die Zuhörer noch auf dem Hof und den benachbarten Grundstücken. Redakteur Klühs besprach unter lebhaften Zustimmungshandlungen die politische Lage und die Wahlprogramme der Gegner. Stürmischer Beifall erfolgte, als er zum Schluß aufforderte, die Ungültigkeitserklärung mit einer noch viel höheren sozialdemokratischen Stimmengahl zu beantworten. Nachdem der Versammlungsleiter noch auf das Kobelt der neuen Wahlliste hingewiesen, schloß er die Versammlung mit einem weithin hallenden Hoch auf die Sozialdemokratie. Für den Wahlfonds wurden 8,10 Mark gespendet. —

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 5. Februar. (Eine Väderegefellensversammlung ist eine politische Versammlung.) so entschied das hiesige Schöffengericht und verurteilte den Gewerkschaftsbeamten Karl Wache, den Strafbefehl zu bezahlen, welcher in der Höhe von 10 Mark gegen ihn ergangen war, weil er die erforderliche Genehmigung zu einer Versammlung nicht nachgesucht hatte. Der Vorwurf der Einladung ließ nach Meinung des Amtsanwalts und Richters die Versammlung zu, daß öffentliche politische Dinge in dieser Väderegefellensversammlung erörtert werden sollten. Welch hohe Meinung werden die Väderegefellens von sich selbst nach diesem Urteil bekommen. —

(Der Widerspenstige.) Seiner Verhaftung widersteht hat sich der Steuermann Albert Perlich aus Charlottenburg. Er hatte eine Geldstrafe an das Wasserbauamt in Niegrupp zu zahlen und gibt an, daß er infolge eines Leidens dem Beamten, der ihn arreztieren wollte, nicht habe folgen können. Außerdem hat er, als er am 22. Juni v. J. in das Amtsgefängnis in Niegrupp eingeliefert war, dort gerot, ein Tischlein abgeschlagen, das Drahtgitter vor dem Fenster zerstoßen und das Mauerwerk beschädigt. Auch diese Straftaten befreit der Angeklagte. Der Gerichtshof nimmt sie jedoch für erwiesen an und erkeut insgesamt auf 8 Wochen Gefängnis und Zwang der Rotten. —

Niegrupp, 5. Februar. (Kauf der Domäne.) Unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Regierung sowie der Zustimmung der Generalkommission ist die königliche Domäne Niegrupp von der Gemeinde für 1300 000 Mark angekauft worden. Dazu gehören die Höfe, 2400 Morgen Grund und Boden und die Hälfte des Stammhofs. —

Ununterbrochene Stellen an den Weinen, Armen und am Rücken aufzuweisen hatte. Gänzlich ausgeschlossen sei es, daß wie der Angeklagte behauptet, Kühne bei dem außerdem erlittenen schweren doppelten Weidenbruch noch habe stehen oder gar gehen können. Nach dem ärztlichen Gutachten, das auf Grund der Untersuchung und der erfolgten Obduktion des Verstorbenen erstattet wird, ist der Tod des Kühne infolge der erlittenen Verletzungen eingetreten.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten dem er zum Vorwurf machte, daß er frivol gehandelt habe, als er den alten Mann in hilflosem Zustand vor der Haustür liegen ließ, wegen fahrlässiger Tötung einen Monat Gefängnis. Kaczmarek's Antrag, die Verhandlung zu vertagen, weil es ihm infolge der kurzen Zeit nicht möglich gewesen sei, sich einen Verteidiger anzunehmen, wurde vom Gerichtshof abgelehnt. Dem Antrag des Staatsanwalts gemäß erfolgte die Verurteilung Kaczmarek's zu 1 Monat Gefängnis.

(Kein Menschenleben vernichtet.) Die Mitteilungen über eine im Strohdornen verbrannte Person treffen nicht zu. Wie sich bei der gemischten Untersuchung der vorgefundenen Aschenteile herausstellte, kommen menschliche Bestandteile bei dem Funde nicht in Betracht.

(Unfall) erlitt der Bohrer Zahn auf der Mäherleber Maschinenbau-V.G. Er wurde vom Spiralschneider erfaßt. Durch das schnelle Eingreifen seiner Arbeitkollegen wurde Zahn vor schwerem Schaden bewahrt. Immerhin ist Zahn an der Brust so erheblich verletzt, daß seine Aufnahme im städtischen Krankenhaus erfolgen mußte.

Eggersdorf, 5. Februar. (Zur Lokalfrage.) Der Wirt des Lindenhofs, Herr Kempnich, deni ohne die Arbeiterschaft kein Geschäft zu machen. Er gibt sein Lokal nicht zu politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen heraus und hat auch dem Arbeiterverein sein Lokal entzogen. Man sollte eigentlich annehmen, daß er von der früheren Besitzerin etwas gelernt hat. Wie es scheint, ist dies nicht der Fall. Die Arbeiterschaft, auch die auswärtige, wird ihre Konsequenzen ziehen und es den Patrioten überlassen, im Lindenhof zu verkehren.

Schönebeck, 5. Februar. (Proletariatsfrühstück.) Vor den Schranen des Schöffengerichts fanden am Mittwoch vier Proletariatskinder. Sie hatten dem Vaurat Päß von ihrem Vater Kollruben entwendet, welche zum Teil als Kaninchenfutter verwendet werden sollten. Die Kinder sagten übereinstimmend aus, daß sie die Kollruben gestohlen und gegessen haben. Bei der Feststellung des Verbrechens erlitten die Kinder verbot sich energisch jede Neukennung. Die Kinder wurden wegen Uebertretung und Minderabrahms mit einem Verweis bestraft. Mühten die Kinder vor das Gericht gezerrt werden?

(Für ein Trinkgeld.) Ein Metallarbeiter aus Besterhüfen mußte wegen der schlechten Geschäftslage öfters mit der Arbeit aussetzen. An einem freien Tage ging er in die Felder spazieren. Da hörte er auf einmal Schüsse fallen und weil er noch keine Jagd gesehen hatte, so wollte er sich einmal das Vergnügen der besitzenden Klasse in der Nähe ansehen. Gedacht, getan. Unterwegs gestellte sich ein Unbekannter zu ihm. Auf dem Wege nach der Jagd fanden sie in einer Ackerfurche einen toten Hasen, welcher noch warm war. Der Metallarbeiter nahm den Hasen an sich. Auf einmal erschien der Feldhüter, der Metallarbeiter versteckte den Hasen unter seinem Rock, er wurde aber den Hasen los. Er erhielt eine Anklage. Vor Gericht sagte er, daß er den Hasen deshalb untergeknüpft habe, um ihn bei Schmidt in Besterhüfen abzugeben. Für einen gefundenen Hasen soll Schmidt 1 Mark Trinkgeld zahlen, und dies wollte er sich auch verdienen. Der Staatsanwalt aber behauptete, daß er den Hasen deshalb untergeknüpft habe, weil er ihn für sich verkaufen wollte. Er beantragte 5 Mark Geldstrafe ev. 1 Tag Gefängnis. Das Gericht schenkte aber dem Angeklagten Glauben und sprach ihn kostenlos frei.

(Eine Volksversammlung) findet am Sonntag im Stadtpark statt. Redakteur Barth (Berlin) wird über „Der Kampf um das Koalitionsrecht“ sprechen. Die Arbeiterschaft muß in Massen erscheinen.

Thale, 5. Februar. (Hineingefallene Patrioten.) Der Kriegerverein Kaiser Friedrich hatte zur Pflege des Patriotismus in der vorigen Woche in den Hotels Forsthaus und Kurhaus an verschiedenen Abenden vaterländische Festspiele veranstaltet. Zur Auf- führung gelangte „Kolberg“, ein fünfaktiges Schauspiel, das von sechs 50 Dilettanten „gespielt“ wurde. Trotzdem es an Reklame in den

hiesigen Lokalzeitungen, der patriotischen Vereinen und vor allem in der Schule nicht gefehlt hat, ist der Besuch an allen Abenden ein geradezu schlagender gewesen. Deshalb beklagt sich in der Nr. 29 des „Tagesblattes“ ein Kriegervereinskamerad bitter über die „Gleichgültigkeit“ der hiesigen patriotischen Bevölkerung. Der Einjender läßt sogar scharfe Gemeinheiten nicht einmal der Nähe wert halten, diese Boykottierung der Bürgermeister mit seinen Beamten auch nicht dazugehen? (D. B.) Weiter wird als Ergebnis mitgeteilt: Der Verein Kaiser Friedrich 3. hat nicht einmal seine Unkosten gedeckt, trotzdem nur Statisten sich in den Dienst der Sache stellten, die keine Gage bezogen. Weiter wird gebroht, daß er in Zukunft noch einmal derartige „Spielerei“ veranstaltet. Die Aufführung sollte erstens ein Verhütungsmittel sein gegen den wüsten Ausschweifungen der Zuhörer, zweitens sollten aber die etwaigen Ueberschüsse in die Sterbekasse wandern. Die Hoffnungen sind nun in Wehklagen umgewandelt. Darüber braucht sich doch eigentlich der Einjender nicht zu wundern, denn für den Eingeweihten unserer Verhältnisse liegen die Dinge klar. Wenn es bei den patriotischen Festen „kein Geld“ kostet, wenn es Freibier und womöglich noch einen guten freien Zutritt gibt, dann gibt es volle Häuser in Kuratsummungen. Aber wenn die Patrioten Geld bezahlen sollen, dann ist von harter Beteiligung nichts zu merken. Der Einjender erklärt ja selbst, daß die Aufführung dieses Stückes in erster Linie für die mittleren und unteren Volksschichten bestimmt war. (Die letzteren kommen wohl überhaupt nur in Betracht. D. B.) Er wundert sich, daß diese fernbleiben. Ja, verehrter „Kriegskamerad“, sollen denn die Arbeiter auch hier wieder die Bede bezahlen, schließlich noch für Leute, die besser gestellt sind als sie selbst. Das ist nur zu machen bei denjenigen Festen, wo man ein direktes Kommando an seine Untergebenen zum Wein abgeben kann. Es ist ja zum Beispiel kein Wunder, wenn bei der im Januar stattgefundenen offiziellen großen Feier, die von Behörde und Verein Kaiser und Reich eingeleitet wurde, der Kurhausaal voll besetzt war. Da waren allein die drei Gesangsvereine „Union“, „Vierklang“ und „Hütten- gefangverein“ zum „Singen kommandiert“ weil zu ihnen fast nur Arbeiter vom Hüttenwert gehören. Diese hätten schon im Saal sein sollen. Rechnet man noch den ganzen Beamtenstab und die sonstigen unabhängigen — Pensionen hinzu, die es als eine Pflicht betrachten, bei solchen Veranstaltungen nicht zu fehlen, so findet man den natürlichen Grund des „leeren Besuches“. Auch die gesamten bürgerlichen Ver- anstaltungsvereine veranstalteten ja „Geburtsstagsvergügen“ in großer Zahl. Diese Arrangements sind deshalb billiger, weil sie keine Ver- gnügungsteuer kosten, die sonst am Orte ziemlich hoch ist. Verehrter Herr Einjender, es gibt am Orte, wie überall, viel Patrioten, die nur dort patriotisch sind, wo sie „müssen“.

Vereine und Versammlungen.

Schuhmacher.
Die Generalversammlung für das 4. Quartal fand in der „Krone“ zu Neustadt statt. Das Andenken des verstorbenen Verbandskollegen Voigt wurde in üblicher Weise geehrt. Der Kassierer gab die Abrechnung. Die Einnahme der Hauptkasse betrug für das letzte Quartal 1895,20 Mark, die Ausgabe 942,78 Mark. An das letzte Quartal wurden 892,47 Mark gefandt. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 648,96 Mark. Dem gegenüber stand eine Aus- gabe von 580,81 Mark, so daß der Kasseebestand auf 1916,15 Mark im vergangenen Jahre gestiegen ist. Genosse Roth gab einen Rückblick auf das alte Jahr. Die Beitragsleistung hätte besser sein können, desgleichen der Versammlungsbesuch. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Die Neuwahl der Ortsverwaltung zeitigte folgendes Resultat. Roth erster Vorsitzender, Rodtrotz zweiter Vorsitzender, Schröder Kassierer, Hindemith Schriftführer. Als Revisoren wurden Lubisch, Winter und Jeczonianus gewählt. Als Bezirksleiter für die Altstadt wurde Mohrin, für die Neustadt Char- mann gewählt. Verbandskollege Markus gab einen kurzen Be- richt von den Parteilösungen. Auf dem am 14. März im Reiken- Circus stattfindenden Vergnügen wurde aufmerksam gemacht. Ver- bandskollege Roth teilte mit, daß in Kürze eine Generalversamm- lung stattfindet, wozu er Bahl eines Delegierten zum Verbandstag. Mit dem Wunsch, in Zukunft mehr als bisher die Versammlungen zu besuchen und mitzuarbeiten für die Organisation, wurde die Versammlung geschlossen.

Arbeiter-Stenographen.
Die letzte Versammlung des Arbeiter-Stenographen- bundes war gut besucht. Unsere Ortsgruppe hat es sich besonders zur Aufgabe gemacht, ihre Mitglieder nicht nur zu tüchtigen Steno- graphen, sondern auch zu Schriftführern und Berichterstattern aus- zubilden. Als Grundlage dient uns hierbei das Schriftchen von Niepeloh: „Der gute Schriftführer und Bericht-“

erfasser“. In der Dem dieses Schriftchens erklärte Genosse Ude in ausführlicher Weise, wie ein Versammlungsbericht aus- sehen muß. Ausführlich erklärte er auch die Methode, nach welcher das Leben im Berichteschreiben vor sich gehen soll. Er forderte die Mitglieber auf, sich alle ohne Ausnahme an dieser Uebung zu beteiligen, denn wir Arbeiter-Stenographen wollen zu unserm Ziele dazu beitragen, brauchbare Schriftführer und Berichterstatter für unsere Arbeiterorganisationen heranzubilden. Die nächste Ver- sammlung soll sich nochmals eingehend mit dieser Sache beschäftigen. Der Kasseebericht ergab eine Einnahme von 192,68 Mark. Dieser Einnahme steht eine Ausgabe von 104,88 Mark gegenüber, so daß ein Kasseebestand von 88,80 Mark verbleibt. Der Beginn des nächsten Lehrkursus wird durch den Vorstand bekanntgegeben. Am 21. Februar soll im Vereinslokal ein Kappensfest stattfinden, den nächsten Bundeskongress im Jahre 1915 in Magdeburg stattfinden zu lassen. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten wurde die Ver- sammlung geschlossen.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 4. Februar.
Aufgebote: Krankenassistenten-Mendant Ab. Müller mit Martha Mirring. Vermessungssteuerrat Martin Kleinede mit Elise Mirring. Maschinenmeister Herrm. Fuchs in Dessau mit Elise Mertens hier. Oberlehrer Johannes Wieprecht in Dahlen mit Martha Wieprecht geb. Gaubin hier. Viehhändler Jakob Weis in Zweibrücken mit Frida Badrian hier. Kellner Walter Meyer mit Magdalene Lorge in Köthen hier. Kellner Louis Koch mit Marie Köber geb. Wode hier. Maler Willi Reinede mit Erna Grietze. Schmied Herrm. Kanther in Eidenrode mit Anna Looß hier. Eisenbahnschlosser Paul Gruber mit Gertrud Gerde.

Geburten: Hella, L. des Kaufm. Karl Schulze. Wil- helm, S. des Tapez. und Dekorateurs Wilhelm Otto. Otto, S. des Arb. Otto Lange. Kurt, S. des Revolverdeh. Paul Rastner. Anni, L. des Schlossers Emil Milewski. Willi, S. des Fabrik- arbeiter's Wilhelm Wiersdorf.
Eheschließung: Fabrikdirektor Karl Reibold mit Auguste Zernele.
Todesfälle: Witwe Hermine Diederich geb. Pohlmann, 79 J. 2 M. 15 T. Marie geb. Buchheister, Ehefrau des Lehrers a. D. Adolf Brindmann, 70 J. 8 M. 10 T. Marie geb. Förster, Ehefrau des Tischlermeisters Leopold Friedrich Bachmann, 68 J. 2 M. 23 T. Invalide August Mai, 65 J. 4 M. 20 T. Pensionierter Weichensteller Karl Weber, 66 J. 10 M. 6 T. Wilhelmine geb. Weinkmann, Ehefrau des Wagenmeisters Georg Maack, 46 J. 10 M. 2 T. Richard, S. des Steinbrucharb. Andreas Wendt aus Schandensleben, 10 J. 5 M. 29 T. Alfred, S. des Mauerpoliers Friedrich Rauendorf, 9 J. 25 T.
Totgeburt: S. des Fabrikarb. Hermann Zwarg.

Endenburg, 4. Februar.
Aufgebote: Nähmaschinenreißender August Becker mit Minna Kaufhold. Eisenbahnhilfskassierer Hermann Wöhring mit Elise Reinede. Maschinist Karl Müller mit Margarete Brohm.
Geburten: Frida, L. des Schlossers Emil Schiefer. Waltraud, L. des Tischlers Bronislaw Murawski. Alma, L. des Arbeiters Hermann Wagner.
Todesfälle: Mauer-Invalide Albert Thierisch, 40 J. 8 M. 16 T. Ruzer Mathias Schröder, 50 J. 29 T.

Neustadt, 4. Februar.
Aufgebote: Lehrer Gustav Bödcher mit Dorette Krüger. Buchhalter Wilhelm Haberer mit Martha Ode.
Geburten: Dorothea, L. des Kaufmanns Willi Krause. Eva, L. des Kaufmanns Friedrich Thielede. Walter, S. des Tischlers Karl Krang. Edith, L. des Eisenbahnschlossers Heinrich Robert Buchheim.
Todesfall: Witwe Marie Reinede geb. Ode, 68 J. 1 M. 28 T.

M. Rothensee.
Geburten: Berla, L. des Landwirts Friedrich Graf. Johanne, L. des Arbeiters Friedrich Koch.

M. Grcan.
Geburten: Kurt, S. des Posamentiers Martin Simon. Heinz, S. des Zahnmeisters Aspiranten Karl Eisehl. Gustav, S. des Arbeiters Friedrich Hybotter. Ernst, S. des Arbeiters August Grunewald in Prejzer.
Todesfälle: Schulkastellanin Margarete Schulze geborne Wille, 54 J. Ehefrau Luise Eiling geb. Loethe, 70 J.

Soweit Vorrat! **Hervorragend billiges Angebot in** **Soweit Vorrat!**

Offenbacher Lederwaren!

die wir auf einer Einkaufsreise weit unter Preis kauften.

Handtaschen moderne Lederform, durchweg Leder, mit Zinnenbügel Stück 2.95	Handtaschen moderne Lederform, mit Zinnenbügel und geschliff. Spiegel Stück 2.95	Besuchstäschchen in feinem modernem Leder, mit Zinnenrichtung, farbig und schwarz Stück 2.50	Handtaschen Kreppform, große, volle Form, durchweg Leder, Zinnen- Zinnenbügel mit modernem Bügel Stück 2.95	Handtaschen verschiedene hohe Formen, in feinem Leder, mit breiter Lederfalte, vergolbter Bügel und Zinnenbügel Stück 7.50
--	---	---	--	---

Ein Posten Portemonnaies Sport-Portemonnaies durchweg Stück **28,-** | Ein Posten Damen-Sporttresors Leder durchweg Stück **48,-**

Warenhaus Gebr. Barasch.

Kammer-Licht-Spiele

Heute Freitag 529
Premiere Asta Nielsen
in
Das Kind ruft
mimisches Drama von Urban Gad.
Monopolfilm.



In diesem neuesten Drama führt Asta Nielsen ihre Rolle meisterhaft durch. Erschütternd wirken ihre Posen als Liebendes Weib, treue Gattin und trauernde Witwe.
Ferner das weitere große Weltstadt-Programm mit seinen Novitäten.
Aus eines Mannes Mädchenzeit Lustspiel in 2 Akten.
Krieg und Frieden Augustin u. d. Tugendwächter Humoreske.
Gaumonts glänzender Wochenbericht.
Beginn täglich pünktlich 8 Uhr.
Nur für Erwachsene.
Bekannte Künstler-Kapelle.

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltung Magdeburg.
Bureau: Große Münzstraße 3, 1. Et. — Telefon-Anschluss 1912
Sprechstunden nur wochentags am Vormittag von 9 1/2 bis 1 Uhr
am Nachmittag von 5 bis 7 Uhr. Sonntags von 9 bis 4 Uhr.
— Sonntags geschlossen. —

Versammlungen finden statt:
Sonntag den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr
Bezirk Diesdorf im Lokal des Herrn Picht.
Lichtbildervortrag
über

Benedig und seine Umgebung.
Branche der Elektromonteur im Lokal des Herrn Lindigkeit, Bahnhofstraße 15b.

Tagesordnung: 1. Berufsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Sonntag den 8. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr
Bezirk Osterweddingen - Langenweddingen - Guldorf im Lokal des Herrn Pieper in Langenweddingen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen D. Winger über Die Angriffe unserer Gegner. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Eines Arbeiters Weltreise

Von Fritz Kummer.
Alle Gewerkschaftsmitglieder können das Buch durch ihre Verwaltung zum Vorzugspreis von 3.00 Mk. erhalten. Bestellungen sind bei den Zeitungsträgern oder im Bureau aufzugeben. Im Sterbeanhang ist diese Woche das Feld 454 zu lieben.
Die Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg

Versammlung
aller an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten
am Sonntag den 7. Februar, abends 8 Uhr, im „Sachsenhof“
Tagesordnung:

1. Die Unfallgefahren an den von uns zu bedienenden Maschinen unter Berücksichtigung der mangelhaften Abfangvorrichtungen.
 2. Diskussion.
- Ein Massenbesuch muß die an den Reichstag abzuführende Petition unterstützen. Niemand darf deshalb fehlen.

Außerordentliche Delegierten-Versammlung
am Montag den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Sachsenhof“.

Tagesordnung: Die Maßnahmen des Hauptvorstandes betreffs unserer angekehrten Kollegen.
Kein Betrieb darf fehlen. Die Verwaltung.

Arbeiter-Sekretariat Magdeburg

Febr. 241 Gr. Münzstraße 3. Fernspr. 341
Unentgeltliche Auskunft an alle Personen in der Zeit von 11 bis 1 Uhr und 5 bis 7 Uhr. Außer der Auskunftszeit und am Sonntag nachmittag und Sonntag ist das Sekretariat für Auskunftsuchende geschlossen.

Schönebeck. Sämtl. Arbeitslose

von Schönebeck und Umgegend werden ersucht, sich sofort im Konsumvereinslager, Welsleber Straße 12, bei Paul Hoffmann zu melden. 430

Schönebeck. Stadtpark.

Am Sonntag den 8. Februar, nachmittags 1/3 Uhr, im großen Saale des „Stadtparks“

Große Protest-Versammlung

Der Kampf um das Koalitionsrecht.
Referent: Redakteur Richard Barth (Berlin).

Die arbeitende Bevölkerung muß für guten Beschäftigung sorgen.
Der Vorstand des Sozialdemokr. Volksvereins. Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Allgem. Ortskrankenkasse für Schönebeck u. Umg.

Bekanntmachung
über die stattgefundenen Vorstandswahlen der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Schönebeck und Umgegend.

Da seitens der Arbeitgeber nur eine Wahlvorschlagsliste eingereicht ist, gelten die in der Liste aufgeführten Herren als gewählt, und zwar die Herren H. Kühne, R. Klein und H. Vertram.

Seitens der Beschäftigten waren zwei Wahlvorschlagslisten eingereicht. Es erhielten Vorschlagsliste Nr. 1 23 Stimmen und Vorschlagsliste Nr. 2 zwei Stimmen; somit sind gewählt die Herren H. Ladebeck, Paul Hoffmann, G. Bischoff, H. Jalenoski, H. Schöne und G. Lange. 616

Indem wir dies hiermit zur Kenntnis bringen, bemerken wir, daß etwaige Einsprüche gegen die Wahl innerhalb eines Monats bei dem Vorstand oder bei dem Versicherungsausschuss anbringen sind.
Schönebeck, den 4. Februar 1914.
Der Vorstand. H. Ladebeck.

Friedrichslust

Leipziger Straße 52. 481 Fernruf 7354.
Sonntag den 7. Februar

Groß. Elite-Maskenball
der Turnerschaft Magdeburg in sämtl. dekorierten Sälen.

Dienstag den 10. Februar
Große Gala-Redoute

bei feenhafter elektrischer Beleuchtung.
Ergebenst ladet ein Albert Naumann.

Hopfgarten Gr. Redoute

Leipziger Straße, 10 Min. v. d. Electr. — Telefon 4089 —
Heute Freitag, Anfang 8 Uhr
mit Prämierung
1. Herren-Preis: 1 vergold. Anfer-Remont.-Sonnenuhr. — 1. Damen-Preis: 1 Gold-dublee-Armband mit Stein und 8 Smillis.
Großer karnevalistischer Umzug bei Mondschein.
Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.
Herren-Karte 75, Damen-Karte 50, Zuschauer 30, Frau Pischinski ist mit Garderobe im Lokal anwesend.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

Zahlstelle Magdeburg.

Am Sonntag den 7. Februar, von abends 8 Uhr an, im „Luisenpark“, Spielgartenstr.

10. Stiftungsfest.

Um zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Angehörigen ersucht
505 Die Verwaltung.

Walhalla-Theater

Heute Freitag und folgende Tage 539

Großes Bockbierfest

2 Kapellen 2
Varieté-Vorstellung.
Humoristisches Programm.

Terror

Dokumente über Terrorismus und Verfall im wirtschaftlichen und politischen Kampfe.
Gesammelt u. herausgegeben von Franz Kühn.
Preis gebunden 2.50 Mk.
Buchhandlg. Volksstimme
Große Münzstraße 3

Wischerleben Arbeiterfängerbund und Frauenchor.

Sonntag den 7. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Wilde

Rappenfest

und Aufführungen verschiedener Art.
Einen recht amüsanten Abend versprechend, ladet freundlich ein
Der Vorstand. 428

Bekanntmachung.

Nach einer Verfügung des königlichen Oberverwaltungsamts unterliegen die Aufsichtsräten, sofern ihr monatliches Entgelt einschließlich etwaiger Naturalbezüge 10.00 Mark beträgt, der Krankenversicherungspflicht.
Schönebeck, den 4. Febr. 1914

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

W. Ladebeck. 616

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Schönebeck u. Umg.
Wir feiern am 7. Februar im Stadtpark (großer Saal) unser

15. Stiftungsfest

bestehend in Theater und Ball, unter Mitwirkung der Berliner Spitzköpfe.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Hierzu ladet die Kollegen nebst Angehörigen freundlich ein
Die Ortsverwaltung.

Sudenburg Theodor Kraft

37 Halberstädter Str. 37

Herren-Garderobe
Knaben-Garderobe

Arbeitskleidung
Berufskleidung

in besten bewährten Qualität.
auch nach Maß. 442
— Billige Preise. —

Wurft billiger!

Wegen der gestiegenen Schneepreise verkaufe ich meine ff. bestkate hausschlachtene Rot-, Sülz- und Leberwurst Pfund 80, Schmalz u. Gehacktes Pfund 90, Hausschlacht-Vorsandgeschäft O. Schmeidewind Neuhaldensleber Str. 19.

Gr. Räumungs-Beruf

in Pelzwaren wegen Inventur

Alter Markt 32/33 über Köpfer's Butterhandlung

Zu jedem annehmbaren Preise verkaufe solange der Vorrat reicht:

Pelzstolas und Muffen

Berücksichtigen Sie dieses Sonder-Angebot!

113 Nur Alter Markt 32/33.

Stadttheater

Freitag den 6. Februar
Beste Vorstellung im Ring-Zyklus
Die Götterdämmerung.

Sonntag den 7. Februar
Das Wechseldebuch.

Wilhelm-Theater

Freitag den 6. Februar
Die Fledermaus.
Eisenstein. Paul Stampa.
Kosakinde. Sola Karoly.

Sonntag den 7. Februar
Fatinitza.

Sonntag den 8. Februar, nachm.
Der Zigeunerprimas.
Abends
Wiener Blut.

Montag den 9. Februar
Der große Schläger des Berliner Theaters

Wie einst im Mai.

Benefiz für Artur Klapproth.

ZENTRAL THEATER

Stürmischer Erfolg!
Der zerbrochene Spiegel

Die süßen Grisetten

mit Phila Wolff, Erich Deutsch-Haupt, Ida Vanó, Hans Sillböguth, Vilma Conti und Georg Frossard.

„Die süßen Grisetten“ beherrschten in Wien lange Zeit den Spielplan und wurden mit dem denkbar stärksten Erfolg in vielen Großstädten Deutschlands, u. a. auch in zahlreichen Stadttheatern, aufgeführt.

Dazu die Spezialitäten, u. a. Sedlmayr, der brillante Humorist ufm. usw. 278

Sonntag 8 1/2 Uhr kleine Preise.

Meitzendorf u. Umgegend.

Sonntag den 7. Februar:
Gr. Bockbier- und Rappenfest.
Für Unterhaltung ist gesorgt. — Es ladet ein der Gastwirt August Ebel (Gasthof zur Darre).

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Bezirk Fernersleben

Am Sonntag den 7., abends 7 Uhr, u. Sonntag den 8. Febr., nachm. 4 Uhr, in Stiller's Stablfabrik

Gr. Münchner Saalfest

Auftreten einer durchreisenden Zigeuner-Kapelle.
Mandolinen-Konzert der Künstler-Truppe „Jiffi-Jimm“

Sämtliche Räume sind großartig dekoriert
Die Galerien sind in Lauben verwandelt
Die Bühne stellt ein bayr. Bauerndorf dar
Bedienung auf bayrische Art. Auch Weinrestaur. vorhanden
In sämtl. Räumen Konzert. Verlosung.
Wurst- und Würstel-Buden am Plabe.
Im großen Großen Ball Doppel-Orchester
Saale: Die Walimuff wird ausgeführt v. Magdeburger Orchesterverein. Dir.: Schraber.

Am den Magdeburgern sowie den umliegenden Bezirken Gelegenheit zu geben, die großartige Dekoration zu sehen und den verschiedenen künstlerischen Konzerten beizuwohnen, wird das Fest auf 2 Tage ausgedehnt. Arbeitslose Kollegen haben freien Eintritt. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. 433 Der Festanschuß.

Barleben. Sozialdemokratischer Verein

Am Sonntag den 7. Februar
Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung.
2. Bericht der Gemeindevorsteher.
3. Aufstellung eines Kandidaten zur Gemeindevorsteherwahl.
4. Verschiedenes. 431
Gewinnanten und Gewinnen, erscheint alle zu dieser wichtigen Versammlung! Der Vorstand.

Barleben • Gewerkschaftshaus

Sonntag den 8. Februar
Großes Rappenfest und Bodbierrummel

Freundlichst ladet ein 432 Der Vorstand.

Neuhaldensleben :: Neuhaldensleben

Wohin? gehen wir am Sonntag? Zu Herzogs Festspiele

zum Maskenball

des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Freihaust“.
Wir bitten alle Masken, sich vorher mit Maskenarten zu versehen. — Alles Nähere besagen unsere Plakate.
— Anfang 6 Uhr. — Anfang 8 Uhr. —

Das Komitee. 439

Mitteilungen der Direktoren.)

Stadtheater. Am Freitag dieser Woche wird der gewaltige Schlußakt von Wagner's Ring des Nibelungen...

Zentraltheater. Einstimmige Anerkennung soll das jeden Abend zahlreich erscheinende Publikum dem Februar-Spielplan...

Zirkustheater. Das Repertoirestück „Der Deserteur oder Die Schreden der Fremdenlegion“ bleibt bis auf weiteres täglich auf dem Repertoire...

Letzte Nachrichten.

Wb. Berlin, 5. Februar. Die Reichsbank hat heute den Diskont von 4 1/2 auf 4 Prozent und den Lombardzinsfuß von 5 1/2 auf 5 Prozent herabgesetzt.

Wb. Aachen, 5. Februar. Der aus dem Kölner Festungsgefängnis entwichene Marineoldat Knie überfiel hier eine alle in ihrer Wohnung anwesende Frau...

Wien, 5. Februar. Der Leiter der Laibacher Erdbebenwarte, Professor Belar, verwendet eine Erklärung, in der es heißt: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die in den jüngsten Tagen aufgetretene Grubenkatastrophe auf Zechen „Minister Achenbach“ bei Dortmund und die Einstürze bei Dörfchen in Oberschlesien und auf Zechen „Fürst Leopold“ bei Dorsten durch die seit einer Woche in ganz Europa herrschende starke Bodenunruhe und durch die außerordentlich starken Fernbebensäuler vom 30. Januar ausgelöst worden sind.“

Wb. Paris, 5. Februar. Der Untersuchungsrichter Trion verfügte die vorläufige Freilassung des anlässlich des Anschlags gegen Scherif-Pascha verhafteten Geheimagenten Iskander-Bey. Scherif-Pascha hat gegen diese Freilassung Einspruch erhoben.

Wb. London, 5. Februar. Der „Daily Telegraph“ meldet: Aus Neuseeland ist die Nachricht von dem Brände des Schiffes „Moa“ auf der Fahrt von Wellington nach Port Moresby...

Wb. Washington, 5. Februar. Die Einwanderungsbill ist vom Repräsentantenhaus angenommen worden. Die Bill enthält eine Klausel, die für die Einwanderer den Nachweis der Schulbildung vorschreibt, aber alle Amendements über den Ausschluß von Afrikanern beseitigt.

New York, 5. Februar. Nach einer Depesche aus Lima ist der Präsident von Peru Billinghurst von den Aufständischen gefangen genommen worden. Die unter dem Kommando des Obersten Venabides den Palast des Präsidenten angegriffen hatten. Der Ministerpräsident und Kriegsminister Barales ist in dem geringen Kampfe, der auf die Eroberung des Palastes folgte, getötet worden. Wie weiter aus Lima gemeldet wird, begann der Angriff auf den Palast um 4 Uhr 30 Minuten morgens. Laufende Ströme, durch das Schießen in Schreden gelegt, auf die Straßen. Die Soldaten erhielten den Befehl, Salven in die Luft abzugeben, um Massenansammlungen zu verhindern. Ein Soldat wurde durch eine Kugel getötet. In der Stadt herrscht große Erregung. Die Banken und Läden sind geschlossen. Hunderte Freiwillige sind als Gefangenenerlöser nach Callao geschickt worden, um den dort inhaftigen Landesgeächteten zu befreien.

Wb. Tokio, 5. Februar. Die Reichsregierung hat in neuerer Zeit eine Reihe von Beschlüssen, die im Hinblick auf den Vertrag über die Vermeidung von Steuern zwischen Japan und den Vereinigten Staaten in Bezug auf die Besteuerung von Zigaretten erlassen worden. Diese Beschlüsse sind: 1. Die Erhöhung der Zigarettensteuer von 10 auf 15 Cents pro 1000 Stück. 2. Die Erhöhung der Steuer auf Zigaretten aus den Vereinigten Staaten von 10 auf 15 Cents pro 1000 Stück. 3. Die Erhöhung der Steuer auf Zigaretten aus anderen Ländern von 5 auf 10 Cents pro 1000 Stück. Diese Beschlüsse sind am 1. März d. J. in Kraft getreten. Die Regierung hat erklärt, daß diese Maßnahmen notwendig sind, um die Einnahmen der Regierung zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Zigarettenindustrie zu stärken.

Die Heerfahrt der Bündler. Sie zieht nicht mehr. In früheren Jahren war der große Saal des „Hofjägers“ unten und oben lange vor der festgesetzten Zeit angefüllt von sich begrüßenden und Gändeblicke austauschenden Landbewohnern, vom feudalen Rittergutsbesitzer herunter bis zum einfachen Halbspänner; diesmal war lange nach 8 Uhr am Mittwoch nachmittag knapp die Saalfäche besetzt. Die Galerie war und blieb leer. Auch aus den Ausführungen des Vorsitzenden, des Referenten und der verschiedenen Diskussionsredner klang es wie Resignation: die Glanztage des Bundes der Landwirte sind vorüber.

Der Vorsitzende Dr. Albert (Münchenhof) sprach von dunklen Wolken, die am Reichshimmel hängen, und von dem schrillen Mißklang, mit dem das Jahr 1913 geschlossen. Vorkommendenfalls würden jedoch die Bündler bis zum letzten Atemzug kämpfen. Welcher Fall dem Herrn dabei vorgezeichnet hat, wurde nicht gesagt.

Die künftigen Ausführungen des Rittergutsbesitzers aus dem Winkel-Rogau waren matt und zeigten nicht mehr von dem stolzen Selbstbewußtsein, das dieser Führer der Bündler sonst zur Schau trug. Auch inhaltlich unterschied sich die Rede bedeutend von denen, die — aus dem Winkel sonst hervorklangen. Er schilderte die Entwicklung Deutschlands von einem Agrar- zu einem Industriestaat, wie die Landwirtschaft immer als Stiefkind behandelt und betrachtet sei, bis schließlich der Bund der Landwirte im Interesse der Selbsterhaltung gegründet werden mußte. Er sprach dann über den Mittelstand, der immer mehr an Boden verliert, über das Gewerbe, das durch die Konzentration des Kapitals Schädigungen ausgeht. Die Arbeitslosenversicherung sei nichts weiter als eine Prämie auf die Arbeitslosen. (Aufe: Auf die Faulheit!) Die Jugend würde irregeleitet, die Religion müsse mehr gepflegt werden. Da stellen sich die Freisinnigen bei den Wahlen immer hin und tun so, als wenn sie für die Interessen der Landwirtschaft eintreten würden. Hat denn der Freisinn auch nur einmal für die Landwirtschaft etwas geleistet? (Aufe: Nein, nein!) Glauben Sie, daß Sie das jemals erleben werden? (Aufe: Nein, nein!) Wohin man blickt, überall Zerfplitterung und Unwahrscheinlichkeit. Gerade die Landwirte hätten deshalb alle Ursache, einig zu sein und einig zu bleiben.

In der Diskussion wettete der alte Graf v. Nathusius (Gundisburg) gegen die Bestrebungen der linksliberalen Blätter, die einen Abbau der Zölle verlangen. Dann sprang die Debatte plötzlich und unvermittelt über in den Wahlkampf von Zerichow.

Gutsbesitzer Brandt (Wollersdorf): Sie wissen, daß wir in Zerichow jetzt einen Kampf auszufechten haben zwischen Rot und Schwarz. Es ist bedauerlich, und nicht wahr, wenn die freisinnigen Blätter schreiben, ich sei einer Auseinandersetzung mit Robert aus dem Wege gegangen. Die fortschrittliche Presse schreibt, ich hätte auf das Wort verzichtet. Das ist nicht wahr, ich habe sogar zweimal gesprochen. Wir haben für unsere Interessen die „Deutsche Tageszeitung“, die genügt aber nicht, um solchen unwahren Behauptungen entgegenzutreten zu können. Wir brauchen dringend ein kleines Blatt auf dem Lande.

Lehrer Samel (Klein-Rodensleben): Robert tritt in Zerichow in den Versammlungen für allerlei ein, aber man wird aus dem Munde nicht recht klar, was er eigentlich will. Mit dem Lehrer Staff ist es nicht besser. Staff hat gesagt, er hätte unsere Angriffe glatt abgelehnt. Staff hat gar nichts abgelehnt. (Weifall.) Staff hat keinen Schimmer von Politik. Die Freisinnigen sollten sich doch hüten, solche Redner zu schicken. Für die Interessen des Mittelstandes hätten die Freisinnigen überhaupt noch nichts übrig gehabt.

Von besonderem Interesse waren noch die Ausführungen des Hauptlehrers Pieper (Osternweddingen), der die in Masse ausgelegten Magdeburger Zeitungen, aber auch nur diese, dahin kritisierte, sie seien ja für den Zweck des Tages ganz geschickt redigiert, somit eigneten sie sich aber absolut nicht zur Lektüre für einen Bündler. Die „Deutsche Tageszeitung“ oder der „Stadt- und Landbote“ sind zu abonnieren, nicht aber die „Magdeburgische Zeitung“. Auf Grund dieser Aufforderung blieben die ausgelegten Nummern der „Magdeburgischen Zeitung“ unberührt. Selbst von der Gratiskarteilung des Abendblattes wurde von den Bündlern am Schluß der Versammlung keine Notiz genommen. Nun hat „unser“ Robert noch weniger Aussicht, in den Faber-Blättern genannt zu werden. Die Rübenbauern drohen mit Boykott: Hoch Schiele!

Achtung, Holzarbeiter! Vom Hauptvorstand werden in den nächsten 8 Tagen im ganzen Reich Versammlungen für die Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Personen arrangiert, um die Aufsichtsbehörden für die mehr als mangelhaften Schutzvorrichtungen an den Maschinen und die damit zusammenhängende Vermehrung der Verunheimungen zu interessieren. Auch die Vorrichtungen über Staubabsauger und Verbandmaterialien lassen nichts mehr als alles zu wünschen übrig. Für Magdeburg tagt diese Versammlung am Sonntag den 7. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Sachsenhof“. Ferner tagt am Montag den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Sachsenhof“ eine außerordentliche Delegierten-Versammlung, welche sich mit den Maßnahmen des Hauptvorstandes in betreff der angeführten Kollegen beschäftigt. Näheres im Juleat heute. Die Verwaltung des Holzarbeiter-Verbandes.

Neuer Droschkensalbesplatz. Am 1. d. M. hat das Polizeipräsidium einen neuen Salbesplatz für 2 Kradroschken vor der Strombrücke am Radweg eingerichtet.

Unter der Gefährdung stehen in unserer Stadt Tausende von Mädchen, die in ihrer Mehrzahl vom Lande heringekommen sind. Zu ihrem Schutz ist die Organisation der Hausangestellten gegründet worden, die aber nur schwer Fortschritte machen kann, da die Arbeiter an die Dienstmädchen, die in „Einzelbetrieben“ arbeiten und in ihrer freien Zeit sehr beschäftigt sind, nur unter großen Schwierigkeiten heranbrennen. Zur Betreibung der Agitation unter dem Dienstpersonal hat sich jetzt eine Kommission gebildet, der folgende Gewissamen angehören:

- Altstadt, Frau Harimann, Altes Fischerufer 28.
Eckenburg, Frau Bauermeister, Braunschweiger Str. 87.
Buckau, Frau Bleich, Südbühne 7.
Buckau, Frau Zimmermann, Nordstraße 3.
Neue Altstadt, Frau Albert, Gundisburger Straße 28.
Alte Altstadt, Frau Weigelt, Erdelstraße 47.
Wilschmied, Frau Ficker, Fehlschloßstraße 2.
Adressen von Dienstmädchen, die für die Organisation zu gewinnen sind, sowie Beschwerden der Bediensteten werden bei diesen Gewissamen entgegengenommen. Um rege Unterstützung durch die Allgemeinheit wird dringend ersucht.

Zur Steuerzahlung. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß die Frist zur Zahlung der Steuern für das laufende Vierteljahr mit dem 14. d. M. abläuft und daß während der letzten vier Hebetage die Steuerkasse schon um 12 Uhr mittags geschlossen wird. Für diejenigen Steuerpflichtigen, welche das Postfachkonto der Steuerkasse benutzen und die Steuerbeträge mittels Zahlkarten einbringen wollen, bemerken wir, daß Zahlkarten bei den Steuerkassen der Altstadt und der Vororte bereitgehalten werden. Da die mittels Zahlkarte eingezahlten Beträge erst zur Gutschrift dem Postfachkonto in Berlin überandt werden und die Mitteilung hiervon der Steuerkasse in der Regel erst 3 Tage später zugeht, so empfiehlt es sich zur Vermeidung der Mahnung, derartige Beträge schon jetzt, spätestens aber am 11. d. M. einzuzahlen. Es kommt noch immer häufig vor, daß auf den Zahlkarten oder Postanweisungen die Steuernummer und Zahlstelle nicht angegeben wird und die eingezahlten Beträge daher zunächst nicht ordnungsmäßig von der Kasse gebucht werden können. Wir weisen deshalb wiederholt darauf hin, daß es dringend notwendig ist, die Steuernummer und Zahlstelle auf den Zahlkarten oder Postanweisungen genau anzugeben. Wegen der einzuzahlenden Gebühren verweisen wir auf die auf der Rückseite der Zahlkarten befindlichen Bemerkungen. Wir machen darauf aufmerksam, daß die hiesige Steuerkasse wegen der Zusammenstellung der Steuerrückstände vom 16. bis einschließlich 25. d. M. geschlossen bleibt.

Kunstverein. Am 8. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr, wird Herr Geheimrat Professor Dr. P. J. Meyer, Direktor des herzoglichen Museums in Braunschweig, für die Mitglieder des Kunstvereins in der Aula der Kunstgewerbeschule, Brandenburger Straße Nr. 9, einen Vortrag mit Lichtbildern halten über das Thema Das Erb der Antike. Der Vortrag beginnt pünktlich 11 1/2 Uhr, worauf noch besonders aufmerksam gemacht wird.

Die Februar-Ausstellung des Kunstvereins wird am Freitag um 10 Uhr eröffnet. Der rechte Oberlichtsaal enthält eine Sammlung charakteristischer Gemälde von Egger-Dienz und der linke Raum 20 Arbeiten des bestechenden Dresdner Landschafters Otto Altmann, während im Mittelraum geschmackvolle Porträte, lustige Landschaften und delikate Stillleben des Malers Fritz Kissenmacher (Hamburg), kombiniert mit einer Anzahl plastischer Werke in Bronze, Terrakotta und Marmor von Henryk Glienhein (Rom) untergebracht sind. In den unteren Räumen stellt der Kunstgewerbeverein eine reichhaltige Kollektion prächtiger Radierungen von Ingwer Paulsen (Weimar), ferner Schmuckgegenstände in handgetriebenem Silber von Otto Stüber und Christoph Kay (Hamburg) aus. Die Besuchszeit ist wie immer von 10 bis 3 Uhr.

Wink für die Erziehung der Schulkinder gibt der Schulrat zu Berlin-Friedrichsfelde Dr. C. Schmidt in einem eignen Merkblatt. Darin heißt es: „Schädlich für Kinder sind: Alkohol in jeder Form (Bier, Wein, Likör, Schnaps). Er stärkt nicht, sondern greift die Nerven an. . . . Refereien (Bonbons, die meisten Kuchen, Lortz, Schokolade), da sie Magen und Zähne verderben und Sättigungsgefühl hervorbringen, ohne allein hinreichend zu nähren. . . . Starker Kaffee und Tee, da beides die Nerven überreizt.“ Von der Milch wird gesagt: Sie enthält alle Grundnahrungstoffe in geeigneter Form und Zusammenstellung, sie ist das billigste und wertvollste Nahrungsmittel, und Nahrungsmittel, zumal auf dem Lande. Doch solle die Tagesmenge gewöhnlich 1/2 bis 1 Liter nicht übersteigen. Sie soll schlußweise getrunken und möglichst mit Brot gefaßt werden.

Mit Speck fängt man Mäuse. Nach diesen alten Sprichwörtern verfährt in letzter Zeit die hiesige königliche Eisenbahnverwaltung, nur mit dem Unterschied, daß sie mit dem ausgelegten „Speck“ nicht Mäuse, sondern Menschen zu fangen beabsichtigt. Um nämlich die Ehrlichkeit der Angestellten, besonders die der Wagenpüher zu erproben, werden von einem Assistenten in Abteile der hier eintreffenden Züge keine Pakete verschiedenen Inhalts gelegt. Treten dann die Wagenpüher an, um ihres Amtes zu walten, dann wird beobachtet, wo die Köderpakete bleiben. Das Wandern der Verwaltung wurde natürlich sofort durchgesehen. Bei der Anzahl von Gegenständen, die täglich in den Personenzügen der Eisenbahn liegenbleiben, liegt es selbstredend im öffentlichen Interesse, daß diejenigen, die nach dem Eintreffen und der Leerung der Züge die Abteile zu reinigen haben, die ev. dort zurückgelassenen Gegenstände auch abliefern. Daß dieses in umfassender Weise geschieht, davon legen die regelmäßigen Fundaktionen, die die Eisenbahnverwaltung veranstaltet, Zeugnis ab. Das Vorgehen der Verwaltung muß man deshalb als verfehlt bezeichnen. Möge sie sich künftig an das Bibelwort erinnern: Führe uns nicht in Versuchung!

Gefohlen wurden aus einem Schlachthaus in der Güneburger Straße 15 Pfund Hosen und 30 Pfund Bratwürste; aus einer Wohnung in der Poststraße eine Handtasche, enthaltend ein Portemonnaie mit 180 Mark. Als Diebin kommt eine unbekanntes Frauensperson in Frage, die in verschiedenen Wohnungen gewohnt ist und wenn sie betroffen wurde, nach einem Schutzweiser Schulze fragte. Die Unbekannte ist 23 bis 30 Jahre alt, etwa 1,65 Meter groß, hat hellblondes, glattesgestelltes Haar, volles Gesicht und gesunde Gesichtsfarbe. Sie war ohne Kopfbedeckung, trug ein langes, graues Jackett mit einem kleinen Korbchen in der Hand. Es wird dieselbe Person sein, die bereits am 6. Januar d. J. nachmittags gegen 5 Uhr aus einer Wohnung in der Leiterstraße einen Ponypolitur mit Inhalt gestohlen hat. Mitteilungen über die beschriebene Person sind der Kriminalpolizei erwünscht.

Wo ist die Wäsche? Eine Ehefrau hierseits hat am 20. Januar eine hiesige Dampfwascherei beauftragt, ihr zugehörige Wäsche von ihr abholen zu lassen. An demselben Nachmittag ist ein unbekannter Mann zu ihr gekommen, der wahrheitsgemäß teilte, daß er in dem Glauben sei, ein Abschlager der Wäsche, hat die Frau sofort, als sie die Tür öffnete, gesagt: „Ach, Sie wollen wohl die Wäsche abholen?“ Der Unbekannte hat die Gelegenheit wahrzunehmen, mit „Ja“ geantwortet, das ihm gereichte Bündel mit Wäsche über die Schulter genommen und ist damit fortgegangen. Das Bündel enthielt: fünf weiße Decken und zehn weiße Kopfkissenbezüge, fünf weiße Bettdecken, darunter ein wollenes mit blauer Kante, drei weiße Herren- und drei weiße Damenhemden, fünf weiße Hosen, zwei weiße Normal-Herrenhemden, zwei Herren-Kopfkissen, zwei weiße Damen-Beinkleider, zwölf Handtücher und zwölf Tischdecken, fünf weiße Handtücher, zwei weiße Kopfkissenbezüge, fünf weiße Herren- und drei weiße Damenhemden, fünf weiße Hosen, zwei weiße Normal-Herrenhemden, zwei Herren-Kopfkissen, zwei weiße Damen-Beinkleider, zwölf Handtücher und zwölf Tischdecken, fünf weiße Handtücher, zwei weiße Kopfkissenbezüge, fünf weiße Herren- und drei weiße Damenhemden, fünf weiße Hosen, zwei weiße Normal-Herrenhemden, zwei Herren-Kopfkissen, zwei weiße Damen-Beinkleider, zwölf Handtücher und zwölf Tischdecken. Der Unbekannte ist etwa 35 Jahre alt, 1,60 Meter groß, hat schwarzes Haar, schwarze Haare und hatte einen aufrechten Gang. Er trug grauen Ulsterhut, dunklen Sakelot, blauen Jackett, schwarze Schuhe und einen weißen Schal um den Hals. Mitteilungen über die beschriebene Person und den Verbleib der Wäsche erbittet die Kriminalpolizei.

Zu Haft genommen wurden: die Aufwärterin Elise H. geb. R. von hier, die einem Herrn einen Besuch abgestattet und diesem dabei aus dem Portemonnaie ein Zwanzigmargstück gestohlen hat und der Schuhmacher K. V. von hier wegen Betrugs. Er hat durch ein Juleat Abonnentenjaahner für eine Berliner Zeitung gestohlen und sich von den sich meldenden Personen 180 Mark Schmerzbühne zahlen lassen.

Eine Erpresserin hatte sich am Mittwoch vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten. Die 33jährige Stuttgarterin Felise Blaud von hier ist bereits wegen Diebstahls, Betrugs und verächtlicher Erpressung verurteilt. Nach der jetzigen Anklage erzwang sie im Jahre 1913 durch Drohbriefe von einem Manne 700 Mark und verlangte dann noch 200 Mark zu erlangen. Ferner verurteilte sie am 9. Dezember 1913 durch einen Drohbrief von dem Kontantin Selze 3 Mark und am 25. September durch einen Drohbrief von dem Studenten Paul Woldt 141 Mark zu erpressen. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Kammer verurteilte die Angeklagte wegen vollendeter und verächtlicher Erpressung zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust. Auf die Strafe werden 4 Monate Inerziehungshaft als verübt angerechnet.

Nicht identisch. Der Rohproduktshändler Karl Meier, Erdelstraße 30, erwidert und mitzuteilen, daß er mit dem in der gestrigen Notiz „Retalldiebstahl“ erwähnten Fundamenten-Bauern nicht identisch ist.

Wettervorhersage.

Freitag den 6. Februar: Ruhig, mit teilweiser, teils nebligem, meistentens mildem Wetter.

WEISSE WOCHE

Sehenswerte
Innendekorationen

Im Parterre große Ausstellung von Weißen Waren

wie: Damen-, Herren- und Kinder-Wäsche, weiße Schürzen, Röcke, Untertaillen, Tritotagen, Tischzeuge, Bettwäsche, Taschentücher, Spitztücher, Spitzen, Stickereien, weiße Blusen, Kostümröcke und Kleider, große Posten Wäschestoffe

Sehenswerte
Innendekorationen

Billigste Preise!

Riesige Auswahl!

Vorzügliche Qualitäten!

Hervorragend billige Angebote in Gardinen, Stores und Künstler-Garnituren

Waffel-Bettdecken weiß	Stück 6.50 4.75 3.75	2.00
Spachtel-Rouleaux Fenster	6.50 5.25 4.50 bis	2.00
Adover-Nett	Rein gemusterter Füllstoff Meter 2.25 1.75 1.40 1.10	85
Scheiben-Gardinen	weiß und creme Meter 90 75 60 55 48 35	20
Engl. Tüll-Bettdecken	über 1 Bett Stück 6.00 4.75 3.50	2.25
Ersttüll-Bettdecken	über 2 Betten, in reicher Ausstattung Stück 12.75 14.50 11.00	8.50

Gardinen weiß und elfenbein	regulärer Wert Meter bis 1.60 1.35 1.00 85 70 50	35
Abgepaßte Gardinen	Meter 1.05 95 75 65 45	3.75
Künstler-Gardinen 2 Hängel, 1 Sambrequin	regulärer Wert Fenster bis 16.00 13.50 11.00 9.50 7.50 5.00	3.90
Englisch Tüll-Stores	Fenster 11.00 9.75 8.50 6.75 5.25	1.85
Ersttüll-Langstores	Garnitur 9.00 7.00 6.25 4.75	5.00
Ersttüll-Halbstores	weiß und elfenbein Stück 7.00 5.50 4.75 3.50 2.50	4.75
1 Posten Brise-Bise	oder und elfenbein, Größe 150x300 Stück 14.50 9.75 7.75	75
	mit Solami, Größe 140x350 Stück 11.00 7.50	50
	weiß u. Serie 1 Wert b. 1.35 St. 75	35
	Serie 2 Wert b. 85 St. 50	35
	Serie 3 Wert b. 60 St. 35	35
	Serie 4 Wert b. 35 St. 20	35

Engl. Tüll-Kanten	Meter 75 55 40	25
Ersttüll-Kanten	mit und ohne Bolant Meter 2.25 1.50 1.35 95	45
Gardinen-Mulle	in großer Auswahl Meter 1.95 1.50 1.35 1.20	95
Einzelne Brise-Bise	weiß, creme, elfenbein Wert Stück bis 95	20
Engl. Tüll-Bettdecken	über 2 Betten Stück 9.00 7.35	4.00
Gardinen-Coupons	3 bis 12 Meter lang, weiß und creme, besonders billig angelegt!	

Weißer Herren-Artikel

Servietten weiß	Stück 30	30
Stehkragen	mit etwas umgebogener Gef. Seiten 4 fach, 5 und 6 cm hoch . 3 Stück	95
Stehkragen	Seiten 4 fach, mit moderner Spitze 6 cm hoch . 3 Stück	1.25
Stehkragen	amerikanische Form 3 Stück	1.25
Weiße Hemden	mit Brusttasche, 3/4 Länge	2.75
Weiße Hemden	mit Rippenkragen, Prima Stoff	3.45
Weiße Hemden	des. Hemden, 3/4 Länge, Prima Stoff	4.90
Schleier	keine Band, staubfest, lange, sehr glatte Qualität	15

Bade-Artikel

Frottee-Handtuch	44x100	Stück 45
Frottee-Handtuch	Prima Qualität, Jacquard	Stück 90
Frottee-Handtuch	Prima Qualität, 55x130	Stück 95
Kinder-Badehaken	Prima Qualität, 80x100	Stück 90
Kinder-Badehaken	Prima Qualität, 100x150	Stück 1.50
Badehaken	Prima Qualität, 100x150	Stück 2.45
Badehaken	Prima Qualität, 140x190	Stück 2.75
Badehaken	Prima Qualität, 160x200	Stück 4.75

Taschentücher

Madeira-Taschentücher	mit Saugette u. 1 Gef. Stück 65	45
Madeira-Taschentücher	mit Saugette u. 4 Gefen Stück	95
Kamer-Badestücher	mit Goldfaden Stück 40 25 15 10	5
Leinen-Taschentücher	Duzend 2.50 2.25	1.80
Kamer-Taschentücher	mit fl. Webstuhl 1/2 Duzend 2.50	2.10
Leinen-Taschentücher	weiß gefärbt u. rot umgebogene Saugette, 1/2 Duzd.	1.50
Kamer-Badestücher	mit Schm. Lochsaugette, gef. Gef. u. Buchst. Stück	45
Kamer-Badestücher	ringeltem Saugerei oder Lochsaugette und gefärbt Gef.	40

Weißer Handtücher

Weiße Dreihandtücher	48x106 1/2 Duzend	1.75
Weiße Dreihandtücher	50x106 1/2 Duzend	2.25
Weiße Dreihandtücher	48x110, extrafein, 1/2 Duzend	2.75
Weiße Gerstenkorbandtücher	48x100 1/2 Duzend	1.75
Weiße Gerstenkorbandtücher	48x105 1/2 Duzend	2.75
Weiße Gerstenkorbandtücher	48x110 Prima 1/2 Duzend	3.25
Jacquard-Handtücher	47x110 1/2 Duzend	2.25
Jacquard-Handtücher	halbleinwand, 47x110 1/2 Duzend	3.50

Weitere Posten weißer Waren zu enorm billigen Preisen

Wäsche-Stickereien

Weiße Voll- und Halb-Einsätze	schöne Muster, 3 Serien Meter 25 20 15	11
Schweizer Stickereien	Stahl und Metall, sehr feines Muster, 3 Serien Meter 65 45	25
Schweizer Stickereien	ca. 18 bis 20 cm hoch, des. weiches Muster, 3 Serien Meter 1.55 1.35	1.10
Kamer-Stickerei	mit Spitze, Coupen = 4 1/2 Meter . . . 90 75	50
Kamer-Stickerei	mit Spitze, Coupen = 4 1/2 Meter . . . 1.65 1.35	60
Kamer-Stickerei	mit Spitze, Coupen = 4 1/2 Meter 25 15 8	3
Leinen Kloppelecken	mit Spitze Meter 22 25 15	12

Konfektion. Weißwaren

Sticherei- und Tüll-Jakets	schöne Muster, 3 Serien Stück 25	30
Hemden	in Größe, 3/4 und 5/8 Meter 25 20	12
Jakets- und Kragen-Passe-Kragen	Stück 63	63
Hals- und Spachtel-Kragen-Garnituren	Stück 65	65
Spachtel-Kragen	Stück 33	33
Weiße Wäsche-Porten und -Falten	Meter 25 20 15	11
Hand-Kloppelecken und -Einsatz	Meter 1.10 75 45	11
Stickerei-Enden	40 25 18	18

Weißer Tapissierwaren

Decke	80x90, Feinleinen, mit Kloppelecken Stück 55	55
Decke	80x90, Feinleinen, mit Kloppelecken Stück 1.80	1.80
Läufer	Feinleinen, mit Kloppelecken . . . Stück 1.25	1.25
Decke	80x90, Feinleinen, mit Kloppelecken und Spitze . . . Stück 65	65
Milieu	80x90, Feinleinen, mit Kloppelecken und Spitze . . . Stück 1.45	1.45
Läufer	Feinleinen, mit Kloppelecken und Spitze . . . Stück 1.55	1.55
Decke	80x90, Feinleinen, mit Kloppelecken und Spitze . . . Stück 1.25	1.25
Decke	80x90, Feinleinen, mit Kloppelecken und Spitze . . . Stück 1.15	1.15
Decke	80x90, Feinleinen, mit Kloppelecken und Spitze . . . Stück 2.35	2.35
Läufer	Feinleinen, mit Kloppelecken und Spitze . . . Stück 2.75	2.75

Weißer Tapissierwaren

Decke	85x95, Domlas, mit Durchbruch und Kloppelecken . . . Stück 1.25	1.25
Milieu	70x70, Domlas mit Durchbruch und Kloppelecken . . . Stück 3.50	3.50
Läufer	Domlas, mit Durchbruch und Kloppelecken . . . Stück 4.00	4.00
Milieu	Stammleinen, rund und eckig, 70x70, Loch- und Hochweizerzeichnungen . . . Stück 68	68
Weiße Batistblusen	mit modernem Loch-zeichnungen . . . Stück 1.10	1.10
Paradehandtuch	mit Spitze und Einfas . . . Stück 1.00	1.00
Paradehandtuch	mit Hochbaum, Loch-zeichnungen . . . Stück 1.25	1.25
Handkloppelecken	in diversen Größen Stück 85 65 48	38

Einige Beispiele der enorm preiswerten Damen-Wäsche

1 Posten Korsetts	mit weichen Büschelchen, mit Spitzen oder Strasssteinen sehr fein Stück 1.55 1.35 1.15	95
1 Posten Planché-Korsetts	mit weichen oder Reibstoffchen, reich mit Spitzen-Verzierungen . . . Stück 2.50 1.35 1.15	1.45
1 Posten Unterhosen	mit weichen oder Reibstoffchen . . . Stück 1.55	1.35
1 Posten Unterhosen	mit weichen oder Reibstoffchen, mit Spitzen-Verzierungen . . . Stück 1.55 1.35 1.15	95
1 Posten weiße Zwillinge-Schürzen	mit feinen Büschelchen, mit weichen Spitzen-Verzierungen, mit weichen Büschelchen . . . Stück 1.45 1.25 95 75	55

Einige ganz besonders billige Wäschestoffe

1 Posten Bettdecken und Kissen	für Federbetten, wenn Rippenbreiten fehlen Meter 1.25 95 85	72
1 Posten Handtücher	hart, mittel und feine Qualität, regulärer Preis Meter 96 bis 58	25
1 Posten Elsassener Handtücher	64 cm breit Meter 54 45 42	36
1 Posten Edel-Wandtücher	mit Spitze Meter 65 55 49	52
1 Posten weiße Koper- und Feinleinen	gut gewählte Qualitäten . . . Meter 63 55 48 39	32

Ein Posten Schweizer Stickerei-Stoffe

Serie 2	Serie 1
Meter 1.10 1.00 75	Meter 1.10 1.00 75
3.75	3.75
Schweizer Stickerei-Poliers für Kinder	ca. 70 cm hoch
Meter 1.10 1.00 75	Meter 1.10 1.00 75
2.75	1.65
Schweizer Stickerei-Poliers ganz besonders billig	



Ein Posten Damast-Tischtücher und -Servietten

merzerisiert	130x180	110x150	130x150	110x125
Stück	2.10	1.75	1.75	1.25
Servietten	60x60 1/2 Duzend	2.10	50x50 1/2 Duzend	1.25
halbleinwand Jacquard-Tischtücher	Stück	2.35		
Servietten	60x60 1/2 Duzend	2.75		